

Kommune 21

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

Low Code

Software nach dem Lego-Prinzip

E-Government

- **Onlinezugangsgesetz:**
Vitako schlägt Gesetz zur Verwaltungsdigitalisierung als Nachfolger des OZG vor

Informationstechnik

- **Collaboration Tools:**
Online Whiteboards für schnellen Austausch und agile Zusammenarbeit

Praxis

- **Eppingen:**
Vermittlung von Fachwissen und flexible Weiterbildung durch E-Learning



Spezial

- **Personalwesen:**
Erfolgreiches Recruiting gegen Fachkräftemangel in der Verwaltung



Meinen Führerschein tausche ich in der U-Bahn um.

In den nächsten Jahren müssen in Deutschland 43 Millionen Führerscheine umgetauscht werden. Eine ganze Menge Arbeit für Führerscheinstellen. Zum Glück gibt es eine Lösung, die Ihre Verwaltung entlastet: den Online-Antrag. Praktisch, leicht, zeitsparend.

Liebe Leserinnen und Leser,

wer hätte das gedacht: Programmieren ist ein Kinderspiel. Das zumindest verspricht der Entwicklungsansatz Low Code. Dabei geht es um Software-Entwicklung, die nicht mit textbasierten Programmiersprachen, sondern mit visuellen Werkzeugen funktioniert. Mit Programmiersprachen wie Scratch beispielsweise können selbst Kinder Software aus Bausteinen zusammenklicken.



Inzwischen existieren umfassende Low Code Application Platforms, die Software-Entwickler dabei unterstützen, Programme durch vorgefertigte Module schneller und einfacher zu erstellen. Der Ansatz wird auch in der öffentlichen Verwaltung angewendet. Gerade hier kann Low Code seine Stärken ausspielen. Denn die Methode bietet die Möglichkeit, Fachverfahren unabhängig von Software-Entwicklern mitzugestalten. Wie das funktioniert und worauf bei der Auswahl einer Low-Code-Plattform zu achten ist, lesen Sie auf *Seite 18*.

Low Code bietet auch einen Ausweg aus einer anderen Misere. Laut einer Umfrage scheitern Kommunen bei der Digitalisierung ihrer Dienstleistungen hauptsächlich an personellen Engpässen und mangelndem IT-Know-how. Beim Einsatz einer Low-Code-Plattform können deutlich mehr Mitarbeitende an der Entwicklung von E-Government-Anwendungen mitwirken. Welche Vorteile Low-Code-Plattformen haben, die auf die Bedürfnisse der öffentlichen Hand zugeschnitten sind, lesen Sie auf *Seite 20*. Ein Kinderspiel ist es dennoch nicht. Die Fachanwender benötigen durchaus eine gewisse IT-Affinität und müssen geschult werden.

Ihr

Alexander Schaeff



CC ECM

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Vollständige E-Akte**
- **Dokumenterfassung**
- **Prozessoptimierung
und Workflow**
- **Signatur und Freigabe**
- **Schnittstellen und
Integration**
- **Revisions sichere
Archivierung**

E-Government

- OZG:** Ablösen durch Verwaltungsdigitalisierungsgesetz 10
- Erkelenz:** Visionäre und Innovationstreiber bringen die Digitalisierung voran 12
- Round Table:** Finalisten und Gewinner des Axians Infoma Innovationspreises im Gespräch 14

Titel

- Low Code:** Visuelles Programmieren stärkt Rolle der Fachebene 18
- Digitalisierung:** Mittels Low Code zu digitalen Bürger-Self-Services 20
- Mittelangeln:** Selbst programmierte Prozesse auch für andere Kommunen 22
- MODUL-F:** Fachverfahren dank Vorprogrammierung schnell realisieren 24
- MRN:** Parkausweise über Ländergrenzen hinweg erstellen 26

Informationstechnik

- Collaboration Tools:** Mit Online Whiteboards die agile Zusammenarbeit ins Digitale heben 28
- Kommunal Data Hessen:** Ebenenübergreifende Datenbank und Kommunikationsplattform 30
- Serie Cyber-Sicherheit:** Gefahren im heimischen Netzwerk 32
- Bayern:** Landes-Cyberabwehr agiert in neuen Räumen 35
- Kritische Infrastruktur:** Externe Partner unterstützen Kommunen bei der Resilienzanalyse 36
- Homeoffice:** Zero Trust Network Access statt VPN-Verbindung ... 37
- Sozialwesen:** Jugendamt im Kreis Garmisch-Partenkirchen nutzt AKDB-Software 38

Praxis

- Eppingen:** Flexible Weiterbildung per Online-Training 40

Spezial

- Personalwesen:** Mit wirksamen Strategien Fachkräfte finden 42
- E-Recruiting:** Rechtliche Leitlinien beachten 44
- Interview:** Miriam Mikus, Erste Beigeordnete und Kämmerin, stellt die Personalstrategien der Stadt Detmold vor 46
- Rheinisch-Bergischer Kreis:** E-Akte in der Personalverwaltung 48

Rubriken:

- Editorial 3
- News 6
- IT-Guide 50
- Vorschau, Impressum 58



Software mitgestalten

Mithilfe von Low Code kann die öffentliche Verwaltung Fachverfahren selbst zusammenbauen oder optimieren. Low Code Application Plattformen erleichtern ihr das visuelle Programmieren zusätzlich. Davon Gebrauch machen etwa die Metropolregion Rhein-Neckar oder das Amt Mittelangeln. ab Seite 18

Einsatz von eGovPraxis und Vernetzung der zentralen Anwendungen steigern Produktivität und sichern Qualität

Mit der **eGovPraxis Produktreihe** bietet Wolters Kluwer eine digitale Lösung für Rechtsinformationen und Fachwissen, die speziell für die Fall- und Sachbearbeitung in den kommunalen Verwaltungen entwickelt wurde. Die Edition eGovPraxis Sozialhilfe, die neben der Sozialhilfe auch die Eingliederungshilfe und Asylbewerberleistungen beinhaltet, ist bundesweit schon in über 120 Kommunen erfolgreich im Einsatz.

Relevante Vorteile von eGovPraxis sind die Unterstützung der Mitarbeitenden durch die leicht verständliche, praktische Aufbereitung der rechtlichen Sachverhalte und die Integration der lokalen Bestimmungen und Arbeitshilfen der einzelnen Kommune in die Anwendung.

Durch die kundenspezifische Verknüpfung aller Inhalte bearbeiten die Mitarbeitenden die Anträge selbständiger, schneller und besser, Führungskräfte und Wissensträger werden entlastet, relevante Informationen stehen immer und überall bereit, inhaltliche Veränderungen im Zeitverlauf, z.B. durch Gesetzesaktualisierungen, sind für alle Nutzer nachvollziehbar und anwendbar. Kurz, mit dem Einsatz von eGovPraxis steigen Produktivität, Qualität und Zufriedenheit.

Mit dem eGovPraxis Redaktionsservice nutzen die Kommunen eine weitere Möglichkeit der angespannten Personallage zu begegnen. Das Redaktionsteam aus versierten Jurist:innen und Expert:innen aus der Praxis übernimmt in Abstimmung mit der jeweiligen Kommune die Integration der lokalen Dokumente und Dateien, verknüpft diese mit weiterführenden Inhalten und kommuniziert neue Inhalte an die Nutzer:innen.

Als Online-Anwendung wird eGovPraxis ohne IT-Aufwand eingesetzt und unterstützt die Mitarbeitenden sofort im Arbeitsalltag. Auch das Onboarding und die Schulung von Mitarbeitenden wird vereinfacht, da allgemeine, lokale und historische Informationen an einer Stelle enthalten und im jeweiligen Kontext erfassbar sind.

Weitere Produktivitätsgewinne werden realisiert, indem eGovPraxis mit den zentralen Anwendungen in den Fachämtern vernetzt wird. In den Sozialämtern sind das die Anwendungen für die Bearbeitung der Leistungsanträge und die e-Akte. Die unmittelbare Integration in das Fachverfahren bietet den Vorteil, dass die relevante Information im konkreten Arbeitsschritt verfügbar ist und verwendet wird.

Diesen Mehrwert sieht auch der Geschäftsbereichsleiter Anwenderbetreuung beim Fachverfahrensanbieter LÄMMERZAHL, Thomas Düren:

„Für eine erfolgreiche und effiziente Bearbeitung von Sozialleistungsanträgen zählt in den Kommunalverwaltungen jeder Arbeitsschritt, der den Fachkräften in der Sachbearbeitung und dem Fallmanagement abgenommen werden kann. Durch die Verknüpfung der Anwendungen können Medienbrüche geschlossen werden, was sowohl den Arbeitsaufwand als auch die Fehleranfälligkeit bei der Bearbeitung deutlich reduziert – die Kommunen werden also spürbar entlastet.“



Autor

Franz Schlickum,
Senior Product Manager eGovPraxis,
Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Um die Verbindung von Fachverfahren und punktgenauer Information zu stärken, haben der Fachverfahrensanbieter Lämmerzahl und Wolters Kluwer eine umfangreiche Kooperationsvereinbarung geschlossen, um künftig ein integriertes Angebot bereitzustellen.

Mehr zu dieser Zusammenarbeit finden Sie unter:

wolterskluwer.com/laemmerzahl



twitter.com/k21news

Marburg: Aufenthaltstitel beantragen

In Marburg ist es nun möglich, Aufenthaltstitel online zu beantragen. Auch Termine bei der Ausländerbehörde können online gebucht werden.

- www.digital.marburg.de

Stuttgart: WLAN in allen Bezirksämtern

Das Amt für Digitalisierung, Organisation und IT (DO, IT) der Stadt Stuttgart hat alle Bezirksämter der Landeshauptstadt mit einem freien WLAN ausgestattet.

- www.stuttgart.de

Regensburg: Smart City mitgestalten

Was die Bürgerinnen und Bürger von Regensburg als Smart City erwarten, will die Stadt über eine Online-Beteiligungsplattform in Erfahrung bringen.

- <https://mein.regensburg.de>

Rhein-Kreis Neuss: Gemeinsames Open-Data-Portal

Der Rhein-Kreis Neuss und seine acht Gemeinden bauen ein gemeinsames Open-Data-Portal auf. Dafür wird die Portallösung des Kreises erweitert.

- <https://opendata.rhein-kreis-neuss.de>

Detmold

Automatisierter Service

Anwohnerparkausweise können in Detmold künftig ohne Zutun der Verwaltung über das Serviceportal der Stadt komplett online beantragt werden. Wie das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) mitteilt, setzt die nordrhein-westfälische Stadt dazu auf die Lösung von IT-Dienstleister regio iT und das Modul Bewohnerparken online. Ausrollen werde regio iT die Anwendung mit Unterstützung des krz. Durch die browserbasierte Web-Anwendung wird der neue Dienst laut krz plattformunabhängig zur Verfügung stehen. Bezahlt werde elektronisch, nach erfolgreicher, automatisierter Prüfung erhalten die Antragstellenden den Ausweis direkt zum Download. Er könne ausgedruckt und im angegebenen Fahrzeug angebracht werden. Durch die automatische Prüfung kann der Service ohne Zutun der Verwaltung in Anspruch genommen werden. Davon profitieren nicht nur die Antragstellenden. Auch in der Kommune werden Kapazitäten geschont.

www.detmold.de

Hannover

Serviceportal kommt an

Das im Juni 2022 freigeschaltete Online-Serviceportal der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover wird von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen. Wie die Kommune mitteilt, wurden bis Ende November rund 200.000 Besuche registriert. Das Portal bildet 381 Dienstleistungen ab, von denen bereits knapp 70 als Online-Dienste zur Verfügung stehen. Im Jahr 2022 wurden laut Stadtverwaltung rund 20 neue Online-Services realisiert, im Jahr 2023 sollen viele weitere folgen. „Ziel ist es, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mittelfristig alle wesentlichen Dienstleistungen direkt online erledigen können“, meint Hannovers Dezernent für Personal und Digitalisierung, Lars Baumann. Die Stadt habe mit dem Portal einen großen Schritt auf dem Weg zum digitalen Rathaus getan.

<https://serviceportal.hannover-stadt.de>



Digitales Brückenmodell.

Mönchengladbach

Virtuelle Brücke

Eine geplante Rad- und Fußwegebrücke in Mönchengladbach steht bereits in der virtuellen Welt – zumindest in den Grundzügen. „Wir bauen die Brücke zuerst virtuell und dann real“, bringt Stadtdirektor und Technischer Beigeordneter Gregor Bonin das technische Verfahren (Building Information Modeling, BIM) auf den Punkt. So entstehe noch vor dem ersten Spatenstich ein realitätsgetreues Abbild des Bauwerks.

www.moenchengladbach.de

OZG

Ausblick für BundID

Seit dem Jahr 2019 stellt das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) das Nutzerkonto des Bundes bereit. Wie das BMI mitteilt, hat sich die Anzahl der Konten mit über 240.000 im Jahr 2022 nahezu verdreifacht – das monatliche Wachstum liege aktuell bei konstanten zehn bis 15 Prozent. Das Ministerium rechnet damit, dass sich dieser Trend noch verstärkt, denn die ersten Bundesländer haben den Wechsel zur BundID angekündigt: Mit den bilateralen Unterzeichnungen eines Letter of Intent (LoI) haben sich Berlin, Brandenburg, Hessen, das Saarland und

Sachsen-Anhalt offiziell entschieden, perspektivisch auf die BundID umzusteigen und ihre eigenen Nutzerkonten sukzessive aufzugeben. Weitere Bundesländer haben nach BMI-Angaben bereits Interesse an der Nachnutzung der BundID bekundet. Im Jahr 2023 soll eine Weiterentwicklung des BundID-Front-End erfolgen. So ist ein umfassender Design-Relaunch geplant, um die Nutzerfreundlichkeit auf Basis bürgerfreundlicher Sprache sowie einer erprobten Nutzerführung zu verbessern. Darüber hinaus soll das Zentrale Bürgerpostfach die BundID ersetzen und im Laufe der ersten Jahreshälfte live gehen.

<https://id.bund.de>

Anträge mit einer Low-Code Lösung digitalisieren

Was sind die wichtigsten Eigenschaften einer modernen Low-Code Plattform, wie zum Beispiel FORMCYCLE?

Einfacher Zugang

Sie als Anwender:in benötigen einen einfachen Zugang zur Plattform. Idealerweise ist die Lösung webbasiert, denn dann benötigen Sie nur Ihren Browser. Egal, ob es dabei um die Erstellung der Formulare/Workflows, der Bereitstellung, oder die Verwaltung der Vorgänge geht.

Benutzerfreundlichkeit

Ausschlaggebend für die schnelle Umsetzung und den Erfolg von Low-Code Plattformen ist die einfache Bedienung der Anwendung. Sie sollten in der Lage sein, ganz ohne Programmierkenntnisse, dank Baukastensystem, WYSIWYG und Drag&Drop Funktion, mit nur wenigen Klicks alltägliche Prozesse zu digitalisieren.

Wiederverwendbarkeit

Die Wiederverwendbarkeit von Vorlagen (Templates, Plug-Ins, Widgets) ist ein Muss bei Low-Code Plattformen. Egal, ob es sich dabei um Oberflächentemplates, Datenquellen, Workflow-Aktionen oder allg. Funktionserweiterungen handelt. Ohne die Möglichkeit auf wiederverwendbare Vorlagen zuzugreifen, wird die Entwicklung länger dauern und standardisierte Vorgehensweisen werden schwieriger.

Eine zentrale Anwendung

Eine moderne Low-Code Anwendung muss über ein zentrales Benutzerinterface für die Erstellung, Bereitstellung, oder Auswertung verfügen, damit Sie sich nicht in verschiedenste Programme einarbeiten müssen.

Integration in die bestehende Systemumgebung

Egal ob DMS, AWS, eAkte, Datenbanken, MS Azure oder das Active Directory. Eine moderne Low-Code Plattform muss sich integrieren und Daten über standardisierte Schnittstellen austauschen.

Authentifizierungsmöglichkeiten

Bei Online-Anträgen ist es wichtig, dass entsprechende Authentifizierungsmöglichkeiten für die sichere Identifikation zur Verfügung stehen. Die BundID, das Nutzerkonto des Bundes, gewährleistet eine sichere, digitale und nutzerfreundliche Identifizierung für Bürger:innen.

Für Organisationen, Unternehmen, Vereine (juristische Personen nach dem Rechtsbegriff) kann beim zentralen Unternehmenskonto auf Basis von ELSTER eine Identifikation erfolgen. Entsprechend sollte die Low-Code Anwendung, Authentifizierungsmöglichkeiten wie z. B. LDAP, OpenID, SAML, Nutzerkonto Bund, ELSTER Unternehmenskonto unterstützen.

Individuelles Branding

Farben, Layouts, Logos und andere wichtige Elemente des CI/CD, sollten über Standards problemlos einzubinden und anpassbar sein.

Import FIM & PDF

Ein Import von FIM sollte genau so simpel möglich sein, wie der Import von PDF-Formularen, um diese direkt zu

übernehmen und weiter zu verarbeiten.

Einfache Nachnutzung

Erstellte Formulare sollten mit einfachen Mitteln auch anderen Verwaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Cloud oder OnPremises

Sie sollten hier die freie Wahl haben, um entsprechend Ihren vorhandenen Strukturen, das System optimal einzusetzen.

Barrierefrei und Responsiv

Die Formulare müssen ohne zusätzlichen Aufwand barrierefrei erstellt und optimal in jedem Browser bzw. jedem Endgerät dargestellt werden.

FORMCYCLE bietet alle genannten Eigenschaften und noch einiges mehr. Am 26.01.2023 bekommen Sie live einen Einblick in die Low-Code Anwendung. Melden Sie sich jetzt an oder vereinbaren Sie einen individuellen Präsentationstermin unter formcycle.eu





Bergen: Kita-Kinder online anmelden.

Bergen

Kita-Portal gestartet

Anfang Dezember 2022 ist in der niedersächsischen Stadt Bergen das Kita-Portal freigeschaltet worden. Auf dem von Anbieter Nolis erstellten Portal können sich Erziehungsberechtigte über alle Kindergärten und Kindertagesstätten im Stadtgebiet informieren sowie ihre Kinder anmelden. Insgesamt werden über das Portal nach Angaben der Stadt mehr als 500 Plätze in acht Einrichtungen im Berger Stadtgebiet verwaltet. Auch für die Verwaltungsmitarbeitenden stellt das Kita-Portal nach Angaben der Kommune eine Arbeitsentlastung dar, da Daten per Schnittstelle direkt in das Verwaltungssystem übertragen werden und nicht händisch eingepflegt werden müssen. Die Stadt Bergen hat damit laut eigenen Angaben einen weiteren Meilenstein ihrer Digitalisierungs-offensive erreicht. Bürgermeisterin Claudia Dettmar-Müller erklärt: „Eine große Anzahl von Dienstleistungen kann inzwischen komplett online durchgeführt oder zumindest angeschoben werden.“ In einem nächsten Schritt soll gemeinsam mit dem Unternehmen Nolis die Anbindung des kommunalen Bürgerkontos an das Servicekonto des Landes Niedersachsen erfolgen.

www.kita.stadt-bergen.de

www.nolis.de

cit/Prosoz

Digitale Bau-Kommunikation

Eine umfassende Kooperation sind die Unternehmen cit und Prosoz eingegangen. Gegenstand der Zusammenarbeit ist laut cit das neue Produkt Prosoz elan comfort. Die Low-Code-Plattform cit intelli-Form werde dafür als Basis dienen. Die Online-Lösung elan comfort soll es allen an einem Bauvorhaben Beteiligten ermöglichen, über eine gemeinsame Plattform in einem digitalen Projektraum prozessgesteuert zusammenzuarbeiten. Die Beteiligung selbst erstrecke sich dabei von der elektronischen Antragstellung nach dem Online-zugangsgesetz (OZG) über den Dokumentenaustausch und das Nachfordern weiterer Unterlagen bis hin zur Stellungnahme anderer Behörden zum konkreten Bauvorhaben. Dabei kommuniziere die neue Lösung über den Standard XBau 2 mit ProBAUG.

www.cit.de

www.prosoz.de

Rhein-Sieg-Kreis

Führerschein umtauschen

Als eine der ersten Kommunen in Nordrhein-Westfalen stellt das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises mit VOIS|Online FSW einen medienbruchfreien Online-Antrag zum Umtausch der alten, unbefristeten Führerscheine bereit. Das teilt IT-Dienstleister regio iT mit. Seit Juli 2022 können die Bürgerinnen und Bürger diesen Service über den neuen Webclient beim Straßenverkehrsamt nutzen. In wenigen Minuten sei der Antrag gestellt, bezahlt werden kann elektronisch via Kreditkarte oder Giropay. Benötigt werden lediglich ein biometrisches Passbild sowie ein Foto von Unterschrift und altem Führerschein, die in wenigen Minuten in die Führerscheindatenbank hochgeladen werden können. Der neue Führerschein kann von den Antragstellenden ohne vorherige Terminvereinbarung persönlich abgeholt werden.

www.rhein-sieg-kreis.de

Nordrhein-Westfalen

Kommunalportal geht live

In Nordrhein-Westfalen ist das Kommunalportal.NRW in den ersten Kommunen live gegangen. Zum Jahreswechsel 2022/2023 soll die erste Roll-out-Phase abgeschlossen sein. Durch das Kommunalportal.NRW werden Kommunen in die Lage versetzt, die vom OZG vorgesehenen Bürgerdienste online anzubieten, berichtet der KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister, über den das Portal bereitgestellt wird. Insbesondere die Kommunen in NRW, die bislang kein Online-Angebot für ihre Bürger eingerichtet haben, könnten

von der Lösung profitieren, so der KDN. Für den Aufbau des herstellerneutralen Portals hatten sich die Dienstleister regio iT und Südwestfalen-IT zusammengeschlossen. Derzeit befinden sich nach Angaben des KDN insgesamt rund 25 Kommunen im Onboarding-Prozess für das Kommunalportal.NRW, weitere 25 kommunale Mandanten seien bereits fertig installiert. Wenn die eingerichteten Mandanten demnächst in den öffentlichen Live-Betrieb übergehen, werden mit dem Kommunalportal.NRW über eine Million Bürgerinnen und Bürger mit Online-Diensten versorgt.

www.kdn.de/kommunalportal

Hacker in die digitale Quarantäne schicken

Städte, Gemeinden und Kreise werden immer öfter zu Opfern von Cyberangriffen. Ein virtueller Browser bietet den effektivsten Schutz.

Die Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreis war betroffen, die Stadt Witten ebenfalls und die Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld auch: Cyberangriffe legten die IT-Systeme dieser Kommunen lahm, Daten wurden zum Teil entwendet und im Darknet hochgeladen. Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen war eingeschränkt.

Für Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger haben solche Angriffe weitreichende Folgen – von der Einstellung von Sozialleistungen bis zum Leak ihrer persönlichen Daten. Bei solchen Angriffen handelt es sich in den meisten Fällen um sogenannte Ransomware-Attacken – also Erpressungsangriffe, die Daten verschlüsseln oder abziehen und dann ein Lösegeld fordern.

Das Einfallstor ist das Internet

Links werden über Phishing-E-Mails versendet, die vertrauenswürdig aussehen, deren Aktivierung jedoch einen Angriff initiiert. Mitarbeiterschulungen reichen als Schutz nicht mehr aus, da Phishing immer professioneller und authentischer wird. Eine Antivirensoftware ist auch keine Lösung, da sie nur Malware erkennt, die bereits bekannt ist, nicht aber die sogenannten „Zero-Day-Exploits“. Bleibt der Weg, den Internetzugang vollständig einzuschränken. In Zeiten des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und von digitalen Bürgerservices wäre das ein fataler Rückschritt.

Ransomware-Attacken nehmen laut Bundeskriminalamt (BKA) im-

mer mehr zu. Der jährliche Schaden durch Ransomware ist in den vergangenen Jahren gleichzeitig rasant gestiegen: auf ca. 24,3 Mrd. Euro in 2021 von 5,3 Mrd. Euro im Jahre 2019. Kommunen fallen den Angriffen immer öfter zum Opfer, weil die IT-Strukturen in Städten und Gemeinden nicht selten veraltet und nicht ausreichend geschützt sind. Gleichzeitig liegen durch die Digitalisierung der Behörden immer mehr persönliche Daten auf den Servern ab.

Wirksamer Schutz mit virtuellem Browser

Die gute Nachricht ist: Kommunen können sich vor Ransomware schützen bzw. die Gefahr eines Angriffs minimieren. Mit einem virtuellen Browser, der die Netzwerke konsequent trennt, lässt sich das Internet wirksam absichern. Der „R&S®Browser in the Box“ von Rohde & Schwarz Cybersecurity schließt die Sicherheitslücke Internet über eine „digitale“ Quarantäne für Hackerangriffe: Die Ransomware-Software wird isoliert, bevor

sie ausgeführt werden kann. Dadurch hat die Schadsoftware zu keinem Zeitpunkt Zugriff auf den Arbeitsplatz oder die sensible Netzwerkinfrastruktur. Dieser Mechanismus schützt auch vor Angriffen via E-Mail-Anhängen und bietet gleichzeitig Unterstützung für Webkonferenzen mit Mikrofonnutzung und Webcam. Der Schutz wirkt in beide Richtungen: Es kann keine Schadsoftware über das Internet auf den Rechner gelangen – aber auch selbst, wenn Malware auf einem anderen Weg auf den PC gelangt, ist es nicht möglich, Daten über das Internet abzugreifen (Data Leakage Prevention). Mit einem solchen virtuellen Browser können Kommunen die Digitalisierung sicher vorantreiben.

Kontakt:

Rohde & Schwarz Cybersecurity
Mühldorfstraße 15
81671 München
pr-cybersecurity@
rohde-schwarz.com
www.rohde-schwarz.com/
cybersecurity



Neuer Ansatz notwendig

Ralf Resch

Zum Jahreswechsel endete die Umsetzungsfrist für das Onlinezugangsgesetz. Statt dieses lediglich anzupassen, schlägt Vitako, die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, vor, das OZG durch ein Verwaltungsdigitalisierungsgesetz abzulösen.

Zahlreiche Umbrüche stellen die öffentliche Verwaltung vor gewaltige Herausforderungen: Klimawandel und Energiewende, Corona-Pandemie sowie der umfassende Fachkräftemangel erzeugen einen enormen Druck und erfordern Agilität. Darüber hinaus bedeutet der Krieg Russlands gegen die Ukraine für die EU und Deutschland neben der Verknappung und Teuerung existenzieller Güter einen beispiellosen Bruch mit der etablierten politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Hunderttausende ukrainische Flüchtlinge werden von den Verwaltungen in Deutschland registriert und versorgt. Die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas macht zudem deutlich, dass der Staat resilient und möglichst unabhängig von großen Akteuren agieren muss.

Das gilt auch für die digitale Welt. Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) wurde im Jahr 2017 vom Deutschen Bundestag erstmals eine umfassende Zielvorgabe verabschiedet, die es den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen bis Ende 2022 ermöglichen soll, auch einen digitalen Zugang zu allen Verwaltungsleistungen deutscher Behörden zu erhalten. Das Gesetz sollte die deutsche



Mit Ende der OZG-Umsetzungsfrist gilt es, die nächsten Schritte einzuleiten.

Verwaltung modernisieren und digitalisieren. Auch wenn dieses Ziel verfehlt wurde, war die grundsätzliche Zielsetzung richtig: Staat und Verwaltung müssen souverän und resilient aufgebaut werden, auch im Digitalen. Im Rahmen des OZG wurden viele wichtige Weichen gestellt, die es jetzt nachzunutzen und weiterzuentwickeln gilt.

Vitako ist als Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister nicht nur eine Austauschplattform für Themen rund um die öffentliche IT, sondern auch Impulsgeber der Verwaltungsdigitalisierung. Die 54 Mitglieder beschäftigen über 20.000 Expertinnen und Experten für Verwaltungsdigitalisierung, IT-Sicherheit

und die moderne Verwaltung. Auf Grundlage dieser Expertise berät Vitako Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung zur OZG-Nachfolgesetzgebung.

In diesem Zusammenhang sieht Vitako es als unzureichend an, das OZG lediglich weiterzuentwickeln und anzupassen. Denn dieses konzentriert sich nur auf den Online-Zugang zu Verwaltungsleistungen und nicht auf deren eigentliche Bearbeitung. So wird häufig unter einer OZG-Leistung ein Online-Formular verstanden, das im Anschluss im E-Mail-Postfach des Sachbearbeiters als PDF-Datei endet. Das führt zwar zu einer für die Nutzer scheinbar digitalen Verwaltung, die in der Sachbearbeitung

aber weiterhin mit Papierausdrucken arbeitet. Darüber hinaus ist die Vorgabe, ausnahmslos alle Verwaltungsleistungen auf einmal zu digitalisieren, mehr als fragwürdig. So ist die Frage berechtigt, warum in Zeiten des Fachkräftemangels Ressourcen für die Digitalisierung des Antrags zur Ausfuhr von Kulturgütern bereitgestellt werden müssen, während man in vielen Behörden noch nicht einmal seinen Strafzettel online bezahlen kann. Hier ist ein neuer Ansatz nötig.

Vitako schlägt daher vor, das Onlinezugangsgesetz und Vorschriften der analogen Verwaltung wie das Verwaltungsverfahrensgesetz durch ein neues, dem digitalen Zeitalter angemessenes Verwaltungsdigitalisierungsgesetz abzulösen. Dabei wird nicht nur auf den reinen analogen oder digitalen Online-Zugang zu Verwaltungsleistungen abgestellt, sondern es werden auch die Fachverfahren zur Bearbeitung der Anträge betrachtet. Es braucht medien- und systembruchfreie digitale Ende-zu-Ende Prozesse. Die Schriftform wird per Generalklausel abgeschafft. Durch die Umkehrung der Beweislast wird sichergestellt, dass Schriftform, händische Unterschriften und persönliches Erscheinen beim Amt künftig nur noch in begründeten Einzelfällen verpflichtend sind. Somit werden unabhängig von konkreten Digitalisierungsprojekten aufseiten der Bürger, der Unternehmen und der Verwaltung viele Stunden Zeit gespart.

Der Fokus muss auf diejenigen Verwaltungsleistungen gelegt werden, die einen tatsächlichen Nutzen für Bürger, Unternehmen und Verwaltung bringen. Der Lösungsvorschlag von Vitako lautet,

gemeinsam mit allen Akteuren immer die Top 10 der noch nicht Ende-zu-Ende-digitalisierten Verwaltungsleistungen zu digitalisieren. Hier ist ein besonderer Fokus auf die Kommunen zu legen, da sie mit Leistungen wie der An-, Um- und Abmeldung von Gewerben oder dem Melde- und Personenstandswesen mit über 80 Prozent den Löwenanteil aller Verwaltungsverfahren in Deutschland erbringen.

Für eine zügige Umsetzung bedarf es jedoch stabiler Rahmenbedingungen. Mit der Nachnutzung der bestehenden Basis- und Infrastrukturkomponenten werden diese sichergestellt. Zugleich wirken sie als Katalysator für eine beschleunigte Verwaltungsdigitalisierung. Die bundesweit verbreiteten und im Betrieb erprobten Basiskomponenten sind eng mit den Online- und Fachverfahren verflochten. Um einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern zu erreichen und bei der Digitalisierung dennoch nicht an Geschwindigkeit zu verlieren, müssen bestehende, zentrale Basiskomponenten, etwa für E-Payment, verpflichtend durch alle Verwaltungen aller föderalen Ebenen nachgenutzt werden.

Diese Planung ist in einem neuem Masterplan „Digitale Verwaltung Deutschland“ niederzuschreiben, der auch über Legislaturperioden von Bundes- und Landespolitik hinweg Bestand haben muss. Um die Ziele eines solchen Programms effektiv kontrollieren zu können, bedarf es eines systematischen und transparenten Kennzahlensystems.

Vitako ist dabei bewusst, dass Digitalisierung Geld kostet, vie-

len Kommunen aber nur unzureichende oder gar keine Mittel zur Verfügung stehen, um sie voranzutreiben. Die Bundesarbeitsgemeinschaft hat daher ein erfolgsorientiertes Finanzierungsmodell vorgeschlagen, das sich am tatsächlichen Digitalisierungsgrad einer Kommune orientiert. Bund und Länder leisten dazu einen Zuschuss. Neben dem Digitalisierungsgrad bildet die Einwohnerzahl einen wesentlichen Baustein. Die Finanzierung setzt sich aus einem Grundbetrag von fünf Euro je Einwohner im Jahr und einem variablen Anteil in Höhe von maximal weiteren zehn Euro je Einwohner und Jahr entsprechend der Anzahl digital umgesetzter Verwaltungsvorgänge zusammen. Dass diese Investitionen auch wirken, hat die Vitako-Impact-Studie 2022 gezeigt. Jeder in Verwaltungsdigitalisierung investierte Euro bringt demnach 3,29 Euro an Einsparungen bei Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltung.

Mit dem Onlinezugangsgesetz wurden viele Weichen gestellt, der Bedarf an einer zunehmenden Verwaltungsdigitalisierung wurde erkannt und Strukturen für eine föderale Zusammenarbeit wurden geschaffen. Nun gilt es, auf diesen Ergebnissen aufzubauen und den nächsten Schritt zu gehen, anstatt die bestehende Gesetzgebung lediglich zu korrigieren. Denn auch wenn die OZG-Umsetzungsfrist am 31.12.2022 um 23:59 Uhr endet, ist das nur das Ende vom Anfang der digitalen Verwaltung in Deutschland.

Dr. Ralf Resch ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako.

Mehrwert, nicht Mehrarbeit

Carola Adenauer

Bürgermeister, CDO, IT-Leiter und Digitalbeirat: In Erkelenz wird die Verwaltungsdigitalisierung von Visionären und Innovationstreibern gemeinschaftlich vorangebracht. Mehrwert ist dabei ein Schlüsselwort, vorausschauendes Handeln erwünscht.

Wir machen das einfach mal: Dieser Satz fällt im Gespräch mit den Verantwortlichen der Stadt Erkelenz beim Thema Digitalisierung häufiger. Vorangetrieben wird sie in der nordrhein-westfälischen Kommune zum einen von Bürgermeister Stephan Muckel. Bereits im Kommunalwahlkampf hatte er sie auf die Fahnen seiner Heimatstadt geschrieben. Seit drei Jahren rücken außerdem Chief Digital Officer (CDO) Sebastian Bohmann und José Coenen, IT-Leiter des Rathauses, den Gedanken Digital First ins Zentrum. Auch ein vom Bürgermeister ins Leben gerufener Digitalbeirat setzt sich dafür seit dem vergangenen Jahr ein. „Ideen, die nicht aus dem Rathaus kommen“ soll das neue Gremium laut dem Stadtoberhaupt generieren. Gesucht wurden deshalb Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv in die Digitalisierung der kommunalen Aufgaben einbringen wollen. Das Bewerbungsverfahren wurde online über das Karriereportal der 46.000 Einwohner zählenden Stadt abgewickelt. „Der Beirat soll einen Querschnitt der Bevölkerung widerspiegeln“, erläutert der Verwaltungschef das Verfahren. Das heißt: Vom Nerd über die Digital Natives bis hin zu den Offlinern der älteren Generation sollen Menschen



Digitalisierung in Erkelenz ist Teamwork.*

im Digitalbeirat vertreten sein. 67 Bürgerinnen und Bürger haben sich beworben, fünf wurden am Ende ausgewählt und vom Bürgermeister persönlich berufen. Komplettiert wird der Beirat mit fünf Vertretern der lokalen Wirtschaft und des Einzelhandels.

„Die neuen Mitglieder geben seither richtig Gas“, loben Bohmann und Coenen unisono die Arbeit des Beirats. Dieser hat mittlerweile seine digitale Vision der Stadt Erkelenz formuliert, welche die Grundlage der kommunalen Digitalstrategie bildet. Auf Basis dieser Vision fokussiert der Beirat verschiedene Themenbereiche und leitet Projekte für diese ab. Während die Projekte in einem

strukturierten Zeitplan abgearbeitet werden, bleibt die digitale Vision für die nächsten 10 bis 15 Jahre als Orientierung und Wegweiser unverändert bestehen. Der Flow des Beirats soll indes keinesfalls aufgehoben werden. „Wir empfinden das als kreativen Input“, sagt Coenen. Dazu gehört auch, dass die Mitglieder des Beirats To-do-Listen mal kurzerhand neu schreiben. Schließlich lautet ihr Auftrag, die Dinge von den Nutzenden her zu denken und dabei die analoge Schiene nicht zu vergessen. Das funktioniert ebenso hervorragend wie die Zusammenarbeit mit dem

* v.l.: IT-Leiter José Coenen; Chief Digital Officer Sebastian Bohmann; Bürgermeister Stephan Muckel

Aachener IT-Dienstleister regio iT, betonen CDO und IT-Leiter. „Wir sind heute gefordert, uns in kurzen Zyklen bedarfsgerecht aufzustellen, müssen schnell reagieren – da ist regio iT der richtige Partner.“

Von Anfang an haben das Center Kommunale Portale und Digitale Lösungen von regio iT und der Heinsberger Geschäftsstellenleiter Jürgen Justen den Digitalisierungsprozess in Erkelenz begleitet. Als im Jahr 2010 das Serviceportal der Aachener – inzwischen ein „bundesweiter Bestseller“ im Bereich der virtuellen Rat- und Kreishäuser – „noch überschaubaren Anklang fand, schlugen die Erkelenzer direkt zu“, berichtet Justen. Denn die Verantwortlichen erkannten schon damals das Potenzial eines virtuellen Rathauses. Auch hatten sie mit Bürgermeister Peter Jansen einen Mann an der Spitze, für den die Digitalisierung der Verwaltung bereits höchste Priorität hatte. „Visionen sind und waren kein Schimpfwort, sondern ausdrücklich erwünscht“, erinnert sich IT-Leiter Coenen, der seit 1978 in der Verwaltung tätig ist. „Da sind Visionäre und Innovationstreiber innerhalb des Kreises zusammengekommen“, bringt Justen es auf den Punkt.

Den Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), dem einige Behörden immer noch mit mulmigem Gefühl entgegensehen, sind die Erkelenzer längst enteilt. Auf Initiative der Kreisverwaltung Heinsberg wurde im Jahr 2019 ein interkommunales Projekt gestartet, das zur Nutzung eines kreisweiten Serviceportals als Schnittstelle zur Bürgerschaft führte. Alle Kerndienstleistungen aus allen Ämtern, die nach außen und innen Mehr-

wert bieten, werden auf Antragsformulare der Firma Form-Solutions umgestellt. Seither wurden zahlreiche Prozesse medienbruchfrei gestaltet und immer neue Services und Formulare angebunden, Online-Bezahlprozesse eingeschlossen.

„Das außerordentliche Miteinander ist die Basis für das, was wir auf den Weg gebracht haben“, sagen Bohmann und Coenen. Und das gilt für die Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Haus, nicht nur für die IT-Experten. Statt lediglich mitzuziehen, bringen sich die Mitarbeitenden der Verwaltung mit eigenen Ideen und Vorschlägen zur Umsetzung von Online-Prozessen ein. So wird beispielsweise der Online-Bauantrag in intensiver Abstimmung zwischen den Mitarbeitenden im Bauamt und der IT-Abteilung gemeinsam realisiert. Darüber steht die Frage: Was brauchen wir wirklich für den Prozess und wie kann das technisch umgesetzt werden? Die Extraschleife in der Kommunikation und in der Programmierung wird dabei nicht als lästige Mehrarbeit, sondern als zielführend und produktiv – also als Mehrwert – wahrgenommen.

Den umgekehrten Weg ist die Stadt Erkelenz an anderer Stelle gegangen: weniger Arbeit und höchste Sicherheit dank IT-Outsourcing. „Wir sind vom Eigenbetrieb komplett zu regio iT gewechselt“, benennt Coenen diese Säule des Digitalisierungskonzepts. Damit war die Grundlage für die Einführung eines elektronischen Dokumenten-Management-Systems (DMS) und somit der E-Akte geschaffen. „Das lässt sich erfolgreich nur mit einem vertrauensvollen Partner an der Seite umsetzen“, unterstreicht

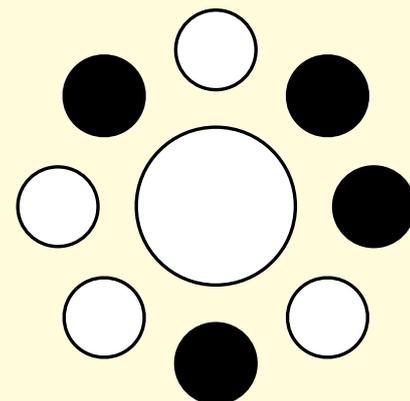
der 62-Jährige die gute Zusammenarbeit mit den kommunalen IT-Experten aus Aachen. Das gilt auch für die Einrichtung des mobilen, zeit- und ortsunabhängigen Arbeitens für die Angestellten, das durch hohe Verfügbarkeit von VDI (Virtual Desktop Infrastructure) sowie eine exzellente Verarbeitungsgeschwindigkeit überzeugt.

In den Genuss des mobilen Arbeitens kommen in Erkelenz nicht nur Auserwählte, sagt CDO Bohmann. Es gehört auch für die Auszubildenden zum Standard. Sie erhalten zum Start „ein komplettes Set-up für mobiles Arbeiten“. „Für die nächste Generation ist das Normalität“, ergänzt Coenen, der im Rathaus mit seinem Team die idealen Voraussetzungen für die Verwaltung 2.0 schafft. Mit Erfolg: Die Übergabe an junge Mitarbeitende klappt schon heute „medienbruchfrei und reibungslos.“

Ab dem Jahr 2024 wird zum Erkelenzer Team ein frisch ausgebildeter Verwaltungsinformatiker stoßen – ein ganz neues Berufsbild, das Verwaltung und IT ideal kombiniert. „Super, wenn man jemanden hat, der beide Sprachen spricht“, ist Bohmann schon heute begeistert. So hat die Stadt Erkelenz auch im Bereich der Ausbildung früh die Mehrwerte erkannt und „einfach mal gemacht“. Wenn also Visionäre und Innovationstreiber gemeinsam eine Verwaltung digitalisieren, kommt am Ende das Beste für Bürgerinnen, Bürger und die Verwaltung selbst heraus. Eine absolute Win-win-Situation für Erkelenz, die nachahmenswert ist.

Carola Adenauer ist freie Journalistin im Auftrag von regio iT.

Cooler Kommunen



Zum zehnten Mal hat Axians Infoma den Innovationspreis verliehen. Erstmals wurde in diesem Jahr ein Nachhaltigkeitspreis vergeben. Im Round-Table-Gespräch berichten Finalisten und Gewinner über ihre Projekte.

Herr Professor Weiß, laut einer aktuellen Studie haben nur 25 Prozent der Kommunen eine ausgearbeitete Digitalisierungsstrategie. Ist das realistisch?

Jens Weiß (Hochschule Harz): Ja, das ist durchaus realistisch. Wir haben ja 2020 mit Axians Infoma eine ähnliche Umfrage durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die Hälfte der befragten Kommunen ein Konzept oder eine Strategie für die Digitalisierung der Verwaltung hat. Dabei ist allerdings nicht ganz klar, was Kommunen unter einer Digitalisierungsstrategie verstehen, das können ja Konzepte mit ganz unterschiedlichen Ausrichtungen und Qualitäten sein. Und eine Strategie zu haben heißt auch noch nicht, sie umgesetzt zu haben. Positiv ist aber, dass Digitalisierung in der Führungsetage angekommen ist und als strategisches Thema gesehen wird.

Deutschland war einmal Vorreiter mit Wettbewerben wie Media@komm und dem Signaturgesetz. Warum sind wir heute nicht weiter?

Holger Schmelzeisen (Axians Infoma): Für einen Schub bei der Digitalisierung sollte ja das Onlinezugangsgesetz (OZG) sorgen. Aber gerade für kleine und mittlere Kommunen sind rechtliche Vorgaben ohne klare Handlungsempfehlungen nur schwer umzusetzen. Und beim OZG geht es ja nur um den Zugang zu Verwaltungsleistungen von außen. Als Software-Anbieter können wir die Digitalisierung anschieben, zumal das Finanzwesen ja eine zentrale Datendrehscheibe ist und mit vielen anderen Verfahren kom-

muniziert. Die Herausforderung ist es jedoch, verfahrensübergreifende Prozesse durchgängig zu digitalisieren. Dies setzt jedoch moderne Technologien voraus, die eine Ende-zu-Ende-Kommunikation ermöglichen.

Steffen Schanz (Axians Infoma): Wir stellen fest, dass der Fachkräftemangel oftmals die Digitalisierung



Holger Schmelzeisen:
Wer Fachkräfte gewinnen will, dem nützen moderne IT-Arbeitsplätze.

behindert. Das fachliche Wissen ist meist vorhanden, aber es mangelt in den Kommunen an IT-Know-how, an Personal, das Projekte auch umsetzen kann. Treiber der Digitalisierung werden nicht gesetzliche

Am Round Table nahmen teil (v.l.): Hannah Jung, Mike Frey, Gemeinde Hüttenberg; Bürgermeister Mario Dänner, Stadt Tann, Gemeindeverwaltungsverband Ulstertal; Steffen Sauer, GVV Ulstertal; Holger Schmelzeisen, Axians Infoma; Marcel Schüren, Stadt Geldern; Kommune21-Chefredakteur Alexander Schaeff; Thomas Wiertelak, Axians IKVS; Steffen Schanz, Axians Infoma; Professor Dr. Jens Weiß, Hochschule Harz.



Vorgaben sein, sondern der Fachkräftemangel und der demografische Wandel. Die Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen ja weiter erfüllt werden. Wenn immer weniger Personal da ist, geht das nur mit IT-Unterstützung.



Steffen Schanz:
Es ist der Fachkräftemangel, der oftmals die Digitalisierung behindert.

Thomas Wiertelak (Axians IKVS): Das kann ich bestätigen. Wir sind in einer kleinen Nische im Finanzwesen tätig und digitalisieren das Berichtswesen oder erstellen Dashboards für Entscheidungsträger. Und auch hier spielt der Fachkräftemangel eine zentrale Rolle, es fehlt an Know-how selbst im Bereich Tabellenkalkulation. Zudem macht jede Kommune ihr eigenes Ding, beschafft beispielsweise eine eigene Lösung für das Finanzwesen oder Controlling. Dabei wäre es ein Weg, sich zusammenzutun.

Bürgermeister Mario Dänner (Stadt Tann, GVV Ulstertal): Genau hier setzt unsere Strategie an. Wir haben den Gemeindeverwaltungsverband (GVV) Ulstertal gegründet, weil sich die Verwaltungsspitzen und Mandatsträger einig waren, dass die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger sonst nicht weiter in dem gewohnten Maß aufrechterhalten werden kann. Uns war auch klar, dass weder die Stadt Tann noch die Gemeinden Hilders und Ehrenberg mit zusammen rund 11.500 Einwohnerinnen und Einwohnern die Digitalisierung allein stemmen können.

Sie haben mit Ihrem Projekt der vorbildlichen Umsetzung einer interkommunalen Zusammenarbeit überzeugt. Wie sind Sie vorgegangen?

Steffen Sauer (GVV Ulstertal): Im Gemeindeverwaltungsverband haben wir als ersten Schritt eine

einheitliche IT-Infrastruktur geschaffen. Danach ging es darum, eine gemeinsame und zukunftsfähige Lösung für das

Finanzwesen einzuführen. Ein einheitliches Finanzwesen zu schaffen, ist durchaus eine Herausforderung, die Kommunen sind ja rechtlich selbstständig und haben jeweils eigene Haushalte. Abweichende Tarifsysteme beispielsweise für Abgaben im Bereich Wasser und Abwasser mussten auf einen Nenner gebracht werden. Wir haben einen relativ hohen Standard gefunden, sodass die drei Kommunen nun annähernd gleiche Gebührenstrukturen haben. Es hat sich eine richtig gute Zusammenarbeit zwischen den Kommunen entwickelt. Viele Kollegen kannten sich vorher gar nicht, und nun ist in den Kommunen ganz unbewusst ein Gemeinschaftsgefühl entstanden.

Herr Frey, die Gemeinde Hüttenberg hat erstmals den Nachhaltigkeitspreis gewonnen. Was hat Sie zu dem Projekt bewogen?

Mike Frey (Gemeinde Hüttenberg): Wir sind beim Axians-Infoma-Anwendertreffen auf das Thema

nachhaltiges Umwelt-Controlling gestoßen, darüber hat Thomas Wiertelak referiert. Das hat uns sehr interessiert, denn in der politischen Diskussion in der Gemeinde tauchte die Frage auf, was wir als Kommune für die Ökobilanz tun. Deshalb haben wir uns entschlossen, mit Axians IKVS zusammenzuarbeiten und schrittweise ein Berichtswesen für Nachhaltigkeit aufzubauen. Begonnen haben wir mit der Erfassung aller Energieverbräuche in der Gemeinde bis hin zur CO₂-Bilanz von Dienstfahrten.

Das klingt nach viel Arbeit.

Hannah Jung (Gemeinde Hüttenberg): Allerdings, wir mussten beispielsweise die Daten für Strom- und Gasverbräuche mühsam zusammensuchen. Denn diese liegen selten in digitaler Form vor, also haben wir Bescheide ausgewertet



Mike Frey:
Durch die Visualisierung wird das Thema Ökobilanz transparenter.

und die Zahlen in Excel-Tabellen übertragen. Das ist natürlich ein großer Aufwand und wir würden uns wünschen, dass uns solche Daten digital zur Verfügung gestellt werden.

Welche Ziele hat sich die Gemeinde gesetzt?

Thomas Wiertelak (Axians IKVS): Die Idee in Hüttenberg ist es, die komplette CO₂-Bilanz der Gemeinde abzubilden und über Visualisierungen für Bürger und Politik sichtbar zu machen. Der Anfang ist ▶

jetzt mit den Strom- und Gasverbräuchen gemacht. Wir versuchen nun, über die Netzbetreiber an digitale Daten zu kommen und entsprechende Schnittstellen aufzubauen.

Frey (Hüttenberg): Durch die Visualisierung wird das Thema Ökobilanz transparenter. Wir wollen ein Reporting schaffen für die Gemeindegremien und die Bürgerinnen und Bürger. So können die Mandatsträger entscheiden, wie nachhaltig die Kommune werden soll. Über Dash-



Hannah Jung:
Wir mussten Daten für Strom- und Gasverbräuche mühsam zusammensuchen.

boards mit Vergleichswerten soll gezeigt werden, dass es sich lohnt, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen zu senken.

Herr Schüren, die Stadt Geldern hat den Innovationswettbewerb gewonnen. Was zeichnet Ihr Projekt aus?

Marcel Schüren (Stadt Geldern): Während die anderen Projekte den Beginn eines Weges zeigen, haben wir den Schlussstein zu einem komplett digitalen Prozess gesetzt. Es geht dabei um den Versand der Jahressteuerbescheide, einen der wichtigsten Prozesse in einer Kommunalverwaltung. Die Bescheiderstellung verursachte einen immensen Aufwand von 50 Personentagen, die in fünf bis sechs Werktagen erbracht werden mussten.

Wie sieht es heute aus?

Schüren (Stadt Geldern): Wir haben zunächst die elektronische Steuer-

akte eingeführt und den digitalen Versand der Bescheide per E-Postbrief durchgeführt. Dadurch konnten wir den Aufwand deutlich reduzieren. Um den Prozess komplett zu digitalisieren, haben wir für die Jahressollstellung 2022 den Versand Manager von Axians Infoma eingeführt. Mit diesem relativ kleinen Werkzeug haben wir sowohl die

Bescheiderstellung als auch den -versand automatisiert. Mit der Veranlagung werden die neuen Bescheide automatisch erzeugt und in die Steuerakten in Infoma newssystem abgelegt. Diese Bescheide werden vom Versand-Manager per Schnittstelle an den E-Postbrief übertragen.

Wo liegen die wesentlichen Vorteile dieses Verfahrens?

Schüren (Stadt Geldern): Über den Personalaufwand habe ich schon gesprochen. Ich möchte betonen, welcher Kraftakt das für die beteiligten Kolleginnen und Kollegen immer war. Die wesentlichen Vorteile sind, dass wir sowohl den Personalaufwand als auch die Prozessrisiken praktisch auf Null reduziert haben. Zudem müssen wir die aufwendige Druck- und Kuvertierstraße nicht mehr betreiben und sparen große Mengen an Material.



Marcel Schüren:
Mit einem kleinen Werkzeug haben wir den Bescheidversand automatisiert.

Herr Weiß, was war für Sie als Juror entscheidend für die Prämierung von Geldern?

Weiß (Hochschule Harz): Genau das, was Marcel Schüren eben sagte: Die deutlichen Einsparungen, die mit dem Projekt erreicht werden können. Das Einsparvolumen von Digitalisierungsprojekten kann man nicht immer klar beziffern. Wir haben untersucht, was beim elektronischen Rechnungsworkflow eingespart werden kann und dabei gesehen, soviel ist das gar nicht. Das ist bei diesem Projekt anders. Ich kenne tatsächlich kaum Kommunen, die solche Effekte bei der Digitalisierung nachweislich realisiert haben.

Wir haben eingangs gehört, dass der Fachkräftemangel ein Hindernis für die Digitalisierung ist. Wie können attraktive Arbeitsbedingungen in der Verwaltung geschaffen werden?



Thomas Wiertelak:
In Hüttenberg soll künftig die komplette CO₂-Bilanz abgebildet werden.

Schmelzeisen (Axians Infoma): Unser Ziel als Software-Anbieter ist es seit vielen Jahren, den Mitarbeitenden der Kommunen den Zugang zu unseren Systemen unabhängig von Zeit, Ort und Endgerät zu ermöglichen. Klar ist auch, dass die jüngeren Generationen Wert darauf

legen, flexibel und auch mobil zu arbeiten. Wer also junge Arbeitskräfte gewinnen will, dem nützen auch moderne IT-Arbeitsplätze. Das kann ein wichtiges Kriterium sein, warum sich ein Bewerber für Verwaltung A statt für Verwaltung B entscheidet.

Schanz (Axians Infoma): Laut einer aktuellen Umfrage wollen 80 Prozent der Bewerber aus diesen Generationen mit Spitzentechnologie arbeiten. Über 90 Prozent sagen, dass Technologie die Jobwahl bei ähnlichen Stellenangeboten beeinflussen kann. Die nachkommenden Generationen Z oder auch Alpha ticken anders. Wenn das Kind um

der Wirtschaft und muss sagen, dass Innovationsfähigkeit und Taktung höher waren. Flexibilität ist zwar nicht alles, aber es macht eine Verwaltung attraktiv als Arbeitgeber. Als GVV haben wir auch eigenes Fachpersonal eingestellt, die gesehen haben, dass wir gute Voraussetzungen anbieten. Im Übrigen ist es auch für Bürgermeister schöner, wenn sie beispielsweise Urlaubsanträge unabhängig von Zeit und Ort genehmigen können.



Mario Dänner:
Uns war klar, dass wir die Digitalisierung nicht allein stemmen können.

Arbeitsplatz sind mir persönlich viel wichtiger.

Herr Professor Weiß, was muss man jungen Leuten bieten, damit sie bei einer Kommunalverwaltung anheuern?

Weiß (Hochschule Harz): Bei dieser Frage wird immer viel mit Schlagworten wie Generation X, Y, Z argumentiert, was eine gewisse Homogenität dieser Generationen suggeriert. Andererseits erleben wir, dass sich Lebenslagen immer weiter ausdifferenzieren und die Menschen viel unterschiedlicher ticken als noch vor zehn Jahren. Öffentliche Verwaltungen sind für junge Menschen mit bestimmten Werten und Bedürfnissen durchaus attraktive Arbeitgeber. Die Frage ist aus meiner Sicht eher, wie wir innovative Menschen für die öffentliche Verwaltung gewinnen können, wie wir mehr sinnvolle Fluktuation bekommen könnten und wie wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit privatwirtschaftlichen Erfahrungen in die Verwaltungen bekommen

Frau Jung, Sie sind eine Vertreterin der angesprochenen Generation. Wie cool ist es, in der Verwaltung zu arbeiten?

Jung (Hüttenberg): Sehr cool. Auch bei uns konnten vor Corona nur wenige ins Homeoffice gehen. Das hat sich geändert. Ich kann das nur bestätigen: Als junge Mitarbeiterin finde ich es sehr gut, flexibel zu sein und mit dem Tablet oder irgendwann auch mit dem Smartphone zu arbeiten.

Frey (Hüttenberg): Das gilt nicht nur für junge Menschen. Flexibilität ist für alle Generationen wichtig. Wir haben eine ältere Mitarbeiterin, die komplett von zu Hause aus arbeitet. Mir geht es ähnlich wie Herrn Sauer: Die Work-Life-Balance und die Nähe zum



Jens Weiß:
Positiv ist, dass Digitalisierung in der Führungsetage angekommen ist.

könnten. Wir haben ja auch heute wieder gesehen, dass diese wesentliche Innovationstreiber sein können.

Moderation: Alexander Schaeff



Steffen Sauer:
Im ersten Schritt wurde eine einheitliche IT-Infrastruktur geschaffen.

14 Uhr eine Theateraufführung hat, ist es selbstverständlich, dass die Vertreter dieser Generationen im Theater sitzen und nicht im Rathaus. Auf diese Flexibilität kommt es im Arbeitsleben an.

Sauer (GVV Ulstertal): Ich komme aus der Privatwirtschaft und habe mich auch aus familiären Gründen entschieden, ortsnah zu arbeiten, um das tägliche Arbeitsleben anders strukturieren zu können. Homeoffice ist bei uns in der Verwaltung fast zum Normalfall geworden. Ich kann von zu Hause aus auf unsere Finanz-Software zugreifen, die Umstellung auf die genannten Anforderungen ist bei uns schon im Gange.

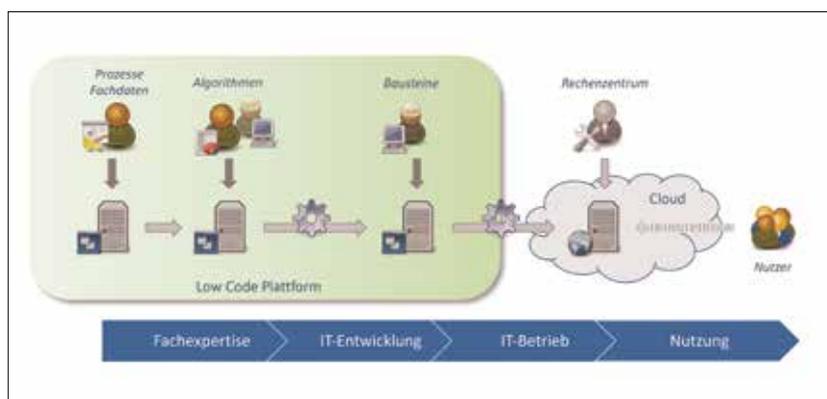
Bürgermeister Dänner (Stadt Tann, GVV Ulstertal): Auch ich komme aus

Visuell programmieren

J. Gottschick / J. Tiemann et al.

Das Konzept Low Code für die Programmierung von Fachverfahren kommt in der öffentlichen Verwaltung immer häufiger zum Einsatz. Der Vorteil: Es ermöglicht auch den Experten der Fachebene in den Behörden einen einfachen Zugang zur Software-Entwicklung.

Der Begriff Low Code beschreibt ein vereinfachtes, schnelleres Vorgehen bei der Programmierung von Software. Das Konzept basiert auf den Ideen des visuellen Programmierens, der wesentliche Fortschritt liegt allerdings im Einstieg in eine modellgetriebene Software-Entwicklung. Das ermöglicht eine stärkere Einbindung der Fachebene.



Durchgängige Software-Produktion stärkt die Rolle der Fachebene.

Bei der visuellen Programmierung werden Programme durch die Anordnung grafischer Elemente definiert und automatisiert erstellt. Mit visuellen Programmiersprachen wie Scratch können selbst Kinder Programme aus (Code-)Bausteinen zusammenbauen. Auch bei der Erstellung von grafischen Benutzeroberflächen werden schon seit längerem Werkzeuge eingesetzt, bei denen grafische Elemente wie Eingabefelder, Knöpfe oder Beschriftungen direkt auf dem Bildschirm angeordnet werden. Man erhält so einen guten Eindruck von der zukünftigen Bedienoberfläche, bevor überhaupt die Funktionen der Anwendung programmiert werden.

Diese Beispiele verdeutlichen wesentliche Low-Code-Prinzipien: die Kombination von Grundelementen, einfache Regeln für die Zusammenstellung der Elemente, grafi-

sches beziehungsweise abstraktes Programmieren. Insbesondere die Wahl einer passenden Darstellung zur Beschreibung der Anwendung ist der Schlüssel zur effizienten Nutzung als Programmierwerkzeug: Formulare und Datenflüsse lassen sich gut grafisch darstellen, für bestimmte Aufgaben sind vielleicht andere Darstellungsformen übersichtlicher. Diese Ansätze wurden inzwischen zu umfassenden „Low Code Application Platforms“ weiterentwickelt, die in der Praxis in erster Linie klassische Software-Entwickler dabei unterstützen, die Programme einfacher und schneller zu erstellen. Jedoch kann Low Code auch Nicht-Entwickler den Zugang zur Software-Entwicklung ermöglichen.

Wenn Fachexpertinnen und -experten der Verwaltung kleinere

Änderungen an ihren IT-Anwendungen selbst vornehmen können – etwa, wenn sich Gesetze ändern –, entstehen geringere Entwicklungs- und Pflegekosten für die IT-Systeme. Dieses Konzept wird auch Citizen Development genannt. Bei einer modellgetriebenen Software-Entwicklung bleiben die Fachleute von technischen Details der Programmierung verschont. Da die Anwendungslogik von der konkreten Realisierung getrennt ist und unabhängig davon weiterentwickelt werden kann, geht damit eine Verbesserung der Dokumentation und von Testmöglichkeiten der IT-Anwendungen einher. Für deren Betrieb sind weiterhin die IT-Experten zuständig. Sie erstellen auch sichere und optimierte Funktionsbausteine. Low Code dient in diesem Sinne der Kommunikation zwischen Fach- und IT-Experten auf

dem Weg zu besseren und schneller verfügbaren IT-Anwendungen.

Kern einer Low-Code-Lösung aus technischer Sicht ist die Beschreibung der internen Abläufe als Geschäftsprozessmodelle sowie die vollständige Modellierung der Fachdaten. Mit einer Entwicklungsumgebung (IDE) können Fachexperten Anpassungen von Formularen, Geschäftsprozessen oder Texten, wie zum Beispiel Anschreiben oder Hilfstexte, selbstständig durchführen. Die Low-Code-Lösung kann mithilfe von Code-Generatoren anwendungsspezifische Bausteine erzeugen. Das Gesamtsystem integriert dazu Standard- und kundenspezifische Bausteine. Das Deployment der neuen oder überarbeiteten Anwendung kann idealerweise in einer modernen Cloud skalierbar und redundant oder direkt auf vorhandenen Systemen (virtuellen Maschinen) erfolgen.

Bei der Auswahl einer Low-Code-Plattform steht zunächst die benutzerfreundliche visuelle Entwicklung der Daten- und Prozessmodelle im Vordergrund. Dabei ist wichtig, ob die Entwicklung primär daten- oder prozessgetrieben erfolgt. Ist die Hauptaufgabe die Erfassung von Daten aus einer Quelle (wie bei einem Formular), kann man von den Datenmodellen ausgehen. Liegt ein komplexer Prozess vor, der

beispielsweise Daten aus verschiedenen Quellen zusammenführt, sollte man von der Beschreibung des Geschäftsprozesses ausgehen.

Für die Auswahl der passenden Lösung ist außerdem wichtig, welche Funktionen die Plattform zum Beispiel in Form von Standardbausteinen bereitstellt und wie gut diese angepasst werden können. Fehlende Bausteine sollten über definierte Schnittstellen integriert werden können. Weitere Aspekte wie Tests und Versionierung ergänzen die Auswahlkriterien. Zudem ist zu beachten, auf welchen IT-Ressourcen die fertige Lösung den Nutzenden in der Verwaltung bereitgestellt werden kann: etwa als Software-as-a-Service (SaaS)-Lösung in der Public Cloud oder On-Premises auf den internen IT-Ressourcen der Verwaltung.

Abschließend sei erwähnt, dass die Nutzung einer Plattform generell zu einer Herstellerabhängigkeit führt. Entwickelt sich die Plattform weiter, müssen eventuell auch die eigenen Bausteine weiterentwickelt werden. Umgekehrt kann eine Plattform die Weiterentwicklung von IT und Anwendungen aufgrund funktioneller Einschränkungen auch blockieren.

Die Nutzung von Low Code ist aber nicht an die Nutzung einer Low-Code-Plattform gebunden. Über integrierte Editoren können Fachexperten einzelne Komponenten einer Individuallösung bereits durch Konfiguration oder Modellierung selbstständig anpassen. Darauf fußt das Konzept des „generischen Fachverfahrens“: eine Anwendung (out of the box) mit vordefinierten Geschäftsprozessen

und anpassbaren Geschäftsregeln, mit denen sich verschiedene Fachverfahren realisieren lassen. Das funktioniert, da viele Fachverfahren – auch domänenübergreifend – auf annähernd gleichen Geschäftsprozessen basieren. Mit einer anwendungsspezifischen IDE können das Fachdatenmodell und die dazugehörigen Sichten, etwa für Formulare und Bescheide, selbst definiert werden. Mit dem Aus- und Abwählen von Features können der Geschäftsprozess variiert, die Auswahl der Bausteine bestimmt und über offene Schnittstellen zudem eigene Bausteine angebunden werden. Somit könnten mit einem generischen Fachverfahren viele Normen und deren regionale Umsetzung abgedeckt sowie ökonomisch und effizient realisiert werden.

Low Code bietet der öffentlichen Verwaltung also die Möglichkeit, Fachanwendungen einfach und unabhängig von Software-Entwicklern mitzugestalten. Damit stärkt Low Code die Rolle der Fachlichkeit und verringert zugleich den Wissensverlust von der Erfassung von Anforderungen zur konkreten Programmierung (siehe Abbildung Seite 18). Während traditionell die Anforderungen von der Fachebene erfasst und von der IT-Entwicklung umgesetzt werden, richtet die IT-Entwicklung bei der Nutzung von Low Code lediglich die technische Basis ein. Die Fachexperten in der Verwaltung liefern dazu dann durch Konfiguration und Modellierung die konkrete Fachlichkeit.

Jan Gottschick, Jens Tiemann, Juliane Schmeling, Jaouhara Zouagui und Anna Opaska sind Mitarbeitende des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme FOKUS.

Link-Tipp

Auf der Veranstaltung „Low Code Live“ stellte Fraunhofer FOKUS Einsatzszenarien für den Public Sector vor. Ein Videomitschnitt der Vorträge ist zu finden unter:

- https://www.fokus.fraunhofer.de/de/dps/events/low-code_live

Low Code als Ausweg

Bernd Hoeck

Viele Verwaltungen stecken in einer Abwärtsspirale aus mangelnder Digitalisierung und Personalnot. Um ihr zu entkommen, sind ohne großen Personaleinsatz schnell attraktive Self-Services für Bürger umzusetzen, die Entlastung bringen. Die Lösung: Low Code.

Die zunehmende Personalnot in der Verwaltung blockiert die weitere Digitalisierung und damit auch die dringend notwendige Automatisierung. Dadurch wird wiederum ausgerechnet der einzige Lösungsweg verbaut, der die Ursache des Problems beheben könnte. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie der Initiative Stadt.Land. Digital. Viele Kommunen kommen demnach in der Digitalisierung nicht etwa wegen fehlender finanzieller Ressourcen nur sehr langsam voran. Acht von zehn Kommunen scheitern hauptsächlich an personellen Engpässen und mangelnder Expertise. Die hohe Auslastung der Mitarbeitenden in den Verwaltungen verhindert die Planung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen. Durch das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge wird allgemein eine weitere Zunahme des Personal mangels erwartet. Zeit also für einen grundlegenden Befreiungsschlag.

Low-Code-Plattformen bieten hier einen Ausweg, weil sie konkrete Ansätze mitbringen, die den internen Aufwand in der Verwaltung deutlich reduzieren. Am Beispiel der Low-Code-Plattform cit intelliForm lassen sich Wirkung und Vorteile anschaulich illustrieren.

Fünf wesentliche Eigenschaften machen den Low-Code-Ansatz für die öffentliche Verwaltung in der aktuellen Zwickmühle zwischen Personalnot und Digitalisierungsbedarf besonders interessant.

Erstens erfordert die Umsetzung von Projekten mit einer Low-Code-Plattform keine spezifischen IT- oder Programmierkenntnisse. Damit wird der Personenkreis, der Verwaltungsvorgänge digitalisieren kann, deutlich erweitert. Der Fokus liegt – wenig technisch – auf den Bearbeitungs- und Verwaltungsprozessen. Sachkundige Verwaltungskräfte können sich schnell mit der Nutzung vertraut machen. Der langwierige und fehleranfällige Übersetzungsprozess zwischen Verwaltungsfachkräften und IT-Experten entfällt.

Zweitens erlauben Low-Code-Plattformen eine dramatisch schnellere Umsetzung im Vergleich zu klassischen Programmiermethoden. Die Modellierung von Informationsbedarf, Entscheidungen und Prozessen erfolgt interaktiv in einem Format, das Verwaltungsbeschäftigte schnell erlernen können. Aus der Beschreibung werden bereits funktionsfähige Anwendungen generiert, und der Verwaltungsablauf mit fertigen Formularan-

wendungen wird auch für IT-Laien sofort transparent. Notwendige Fehlerkorrekturen, Ausnahmen oder Änderungswünsche können unmittelbar am lebenden Objekt erkannt und umgesetzt werden. Auch nach Inbetriebnahme können sachkundige Mitarbeitende Ergänzungen oder Änderungen schnell vornehmen.

Ein drittes Vorteil ergibt sich bei Low-Code-Plattformen, die explizit auf die Anforderungen der öffentlichen Verwaltung zugeschnitten sind. Gute Plattformen bieten einen umfangreichen Baukasten an vorgefertigten Modulen – von der Autorisierung mit Servicekonten oder eID über E-Payment, E-Signatur sowie Geo- und Kartendienste bis hin zur Einbindung breit etablierter Informationsdienste wie den Zuständigkeitsfindern. Die Kombination von fachlichen Modellen mit diesen Grundbausteinen erlaubt es, E-Government-Angebote schnell zusammenzuklicken. Im Fall von cit intelliForm wächst während der Modellierung eine Bibliothek von selbsterstellten, individuellen Bausteinen heran, die immer wieder verwendet werden können. Die Bibliothek ergänzt die zahlreichen mitgelieferten Bausteine und beschleunigt den Prozess zusätzlich. Wichtig ist auch die vollständige

Unterstützung von Schnittstellen- und Transport-Standards der XÖV-Familie.

Die vierte Eigenschaft von Low-Code-Plattformen befeuert die Digitalisierung ganz besonders. Sie erlaubt die zügige Übernahme bewährter Best Practices in Form von vorgefertigten Lösungen oder zumindest Teilen davon. Mit cit intelliForm können beispielsweise die Modelle des Föderalen Informationsmanagements (FIM) direkt eingelesen werden. Auch hat sich ein ganzes Ökosystem um die Plattform herausgebildet. So bieten Drittanbieter wie S-Management Services umfangreiche Kataloge mit Hunderten von Formularanwendungen, die direkt auf der Low-Code-Plattform lauffähig sind. Mit der Auswahl aus dem Katalog von S-Management Services, der aus einer engen Zusammenarbeit mit kommunalen Fachverlagen wie Kohlhammer und Boorberg entstanden ist, kann eine Kommune schnell einen breiten Grundstock an guten Online-Angeboten schaffen und ihn sukzessive um selbst

modellierte Lösungen erweitern. Darüber hinaus findet sich cit intelliForm im Portfolio vieler großer IT-Dienstleister auf Landesebene sowie zahlreicher Beratungshäuser, die Kommunen bei der Nutzung dieser Low-Code-Plattform begleiten können. Zudem tauschen viele Verwaltungen regelmäßig fertige Lösungen in Form von Modellen für cit intelliForm aus.

Ein fünfter Vorteil ergibt sich aus der Idee einer zentralen, offenen Plattform. Sie vermeidet den Wildwuchs aus Sicht der Nutzenden, weil alle auf der Plattform angebotenen Leistungen ein einheitliches Aussehen haben und den gleichen Bedienkonzepten folgen. Dazu bringt cit intelliForm ein universelles Antrags- und Fall-Management mit, das fallbezogene Klammern bildet, um eine sichere digitale Zusammenarbeit aller Beteiligten zu ermöglichen. Bürgerinnen und Bürger können Anträge digital stellen, Belege einreichen, Rückfragen beantworten, den Status von Anträgen einsehen und Ergebnisse wie Bescheide digital entgegen-

nehmen. Aus Innensicht etabliert das Antrags- und Fall-Management eine universelle Lösung insbesondere für solche Leistungen, für die kein Fachverfahren vorliegt. Aber auch immer mehr Hersteller breit etablierter Fachverfahren nutzen die Low-Code-Plattform für neue Online-Lösungen.

Mit Low-Code-Plattformen können Kommunalverwaltungen schnell viele Angebote digitalisieren, damit ihre Beschäftigten entlasten und Bürger mit modernen Self-Services begeistern. Das geschieht zum einen durch die schnelle Übernahme bereits etablierter Best Practices, zum anderen durch deutlich mehr Agilität bei der Umsetzung neuer oder individueller Anforderungen. Viele positive Beispiele in der Pandemie haben gezeigt, dass kommunale Verwaltungen innerhalb von wenigen Tagen oder gar Stunden voll funktionsfähige Online-Anwendungen auf der Basis von Low-Code-Plattformen geschaffen haben.

Bernd Hoeck ist freier Journalist und IT-Experte.

Anzeige



Gestern: Kopfstand...

Prozesse selbst stricken

Michael Wendenburg

Im Rahmen der Förderinitiative Heimat 2.0 und mithilfe der Low-Code-Plattform Allisa hat das Amt Mittelangeln in Schleswig-Holstein die ersten Prozesse digitalisiert. Sie stehen künftig auch anderen Kommunen zur Verfügung.

Das Amt Mittelangeln ist die Verwaltungseinheit für die drei Gemeinden Mittelangeln, Schnarup-Thumby und Sörup im Kreis Schleswig-Flensburg. 43 Mitarbeitende kümmern sich hier um die Anliegen von rund 10.500 Bürgern. Viele Vorgänge erledigen sie noch von Hand oder mit Programmen wie Excel. Ronald Legant, der als Leitender Verwaltungsbeamter für die Verwaltung zuständig ist, verspricht sich von einer durchgängigen Digitalisierung einfachere und effizientere Prozesse für seine Mitarbeiter sowie für die Bürger und die Wirtschaft. Aber: „Ein schönes Online-Formular ins Internet zu stellen, ist noch keine Digitalisierung. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, das, was der Bürger dort abfragt oder eingibt, medienbruchfrei in die Verwaltung einzubringen und nach Möglichkeit automatisiert weiterzuverarbeiten“, meint Britta Lang, Amtsvorsteherin des Amts Mittelangeln und Bürgermeisterin der Gemeinde Mittelangeln.

Zusammen mit dem IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH) hat sich das Amt Mittelangeln um die Implementierung einer digitalen Prozess-Software für die Harmonisierung der Verwaltungsabläufe beworben. Ein maßgeblicher Grund

hierfür sei die derzeit beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen angesiedelte Förderinitiative Heimat 2.0 gewesen, sagt David Nachtigall. Er leitet das Projekt in Mittelangeln und koordiniert die Projektarbeit mit dem ITV.SH, der die Kommunen Schleswig-Holsteins bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) unterstützt. Das OZG war aber nicht der Auslöser für die Digitalisierung in Mittelangeln, sondern höchstens der Grund, um diese noch intensiver zu verfolgen. „Wir haben uns zeitig auf den Weg gemacht und mit Dokumenten-Management, digitalem Rechnungsworkflow und den Tools für die Prozessmodellierung schon viele Voraussetzungen geschaffen“, sagt Britta Lang. An der Digitalisierung führe kein Weg vorbei, sie sei aber mit einem personellen und finanziellen Aufwand verbunden, für den eine kleine Verwaltung normalerweise keine Ressourcen habe. „Deshalb sind wir so glücklich über Heimat 2.0. Die politisch Verantwortlichen haben erkannt, dass für die Digitalisierung Mittel bereitgestellt werden müssen.“ Nach Ansicht von Britta Lang wird die Digitalisierung oft durch die Vielfalt an Fachprogrammen für die verschiedenen Verwaltungsprozesse und die fehlenden Schnittstellen



Amt Mittelangeln: Leuchtturm der Digitalisierung.

ausgebremst. Aus diesem Grund hat sich das Amt Mittelangeln für den Low-Code-Ansatz entschieden: „Eine Low-Code-Lösung bietet die Möglichkeit, sich ohne große Programmierkenntnisse und zu geringeren Kosten selbst seine Prozesse zu stricken“, sagt Lang. „Außerdem erleichtert sie die Nachnutzung der Anwendungen durch andere Kommunen.“

Im Rahmen der Ausschreibung entschied sich das Amt Mittelangeln für die Lösung Allisa des gleichnamigen Software-Herstellers. „Der große Vorteil von Allisa ist, dass es sich um eine fertige Plattform handelt, mit der man sofort loslegen kann“, sagt David Nachtigall. Insgesamt dauerte es nur 15 Arbeitstage, den ersten Prozess abzubilden, auch wenn

sich diese über mehrere Monate verteilen.

In den Kommunen gibt es Hunderte von kleineren Fachverfahren, die noch weitgehend manuell abgewickelt werden. Das Amt Mittelangeln konzentriert sich zunächst auf eine kleine Auswahl von ihnen, die einerseits nicht zu komplex sind, andererseits aber eine gewisse Häufigkeit haben, sodass sich die Nutzeffekte auch bemerkbar machen. Bereits durchgängig digitalisiert ist der Genehmigungsprozess für die Plakatierung innerhalb der Ortsdurchfahrt – von der Beantragung über die Gebührenberechnung bis hin zur Erstellung des Bescheids. Obwohl der Prozess noch nicht vollautomatisch durchlaufen wird, hat sich der Zeitaufwand für die Antragsbearbeitung bereits um 50 bis 75 Prozent reduziert. „Meine Vision ist, dass die Daten aus Online-Anträgen künftig automatisch verarbeitet werden, sofern die Prozesse das zulassen“, sagt Britta Lang. „Das sollte das Ziel sein.“ Allisa hat im Vergleich zu anderen Low-Code-Plattformen den Vorteil,

dass sich Prozessvarianten sehr einfach abbilden lassen, weil die Prozesse nicht sequenziell modelliert, sondern über Regelwerke beschrieben werden. Die Regeln hängen an bestimmten Prozesszuständen und legen fest, wann welche Aktion ausgeführt wird. Das bietet zum Beispiel die Möglichkeit, bei der Genehmigung der Plakatierung dem Umstand Rechnung zu tragen, dass sie für Zirkusse in einer der drei Kommunen kostenfrei ist. Ist der Veranstalter also ein Zirkus und wird die Plakatierung für die betreffende Kommune beantragt, so wird die Aktion Gebührenberechnung übersprungen und direkt der Genehmigungsbescheid erstellt.

Grundsätzlich können Kommunen mit der Allisa-Plattform Prozesse zwar selbst digitalisieren, ohne über Programmierkenntnisse zu verfügen. Allerdings erfordert das Fachanwender mit einer gewissen Digitalaffinität, die geschult werden müssen. „Die Hoffnung, alles selbst machen zu können, hat sich bei uns noch nicht erfüllt, aber ich kann mir vorstellen, dass es bei größeren Ver-

waltungen dafür genug Leute gibt“, sagt David Nachtigall. Eine der Herausforderungen bestehe darin, dass die Bausteine gut konfigurierbar sein müssen, um sie möglichst einfach nachnutzen zu können, wie Britta Lang ergänzt: „Wir wollen ja etwas schaffen, das andere Kommunen ohne großen Aufwand übernehmen und schlank anpassen können.“ Die in Mittelangeln entwickelten Anwendungsbausteine anderen Kommunen Schleswig-Holsteins zur Verfügung zu stellen, ist Aufgabe des ITV.SH. Sie sollen auf der zentralen Plattform des IT-Verbands bereitgestellt werden.

Das Amt Mittelangeln hofft, dass das Beispiel Schule macht und auch andere Kommunen ihre Prozesse vielleicht mit Allisa digitalisieren und zugänglich machen. Ziel sei ein übergreifender Austausch in beide Richtungen, wie Ronald Legant sagt: „Wir werden Deutschland ja nicht allein digitalisieren können.“

Michael Wendenburg ist freier Autor in Sevilla und spezialisiert auf Digitalisierungsthemen.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Lücke schließen

Zehra Öztürk / Eva Dipobagio

In einem Gemeinschaftsprojekt entwickeln die Stadt Hamburg und das BMI eine Plattform, über die Fachverfahren schnell und einfach mit vorprogrammierten Modulen erstellt werden können. Ab 2023 soll MODUL-F in einer ersten Version zur Verfügung stehen.

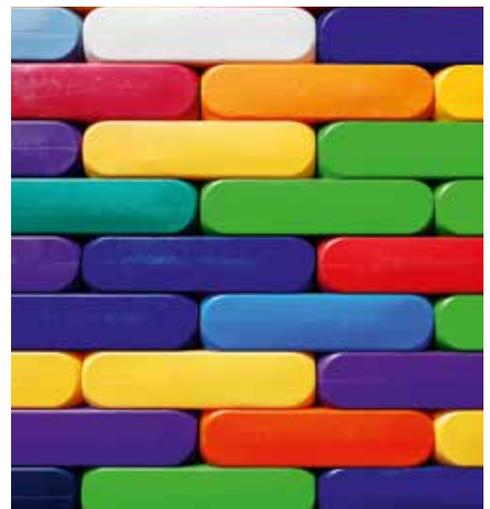
Jeden Tag stellen Bürgerinnen und Bürger Anträge, die verwaltungsmäßig intern bearbeitet werden müssen. Nicht immer gibt es dafür ein digitalisiertes System. Insbesondere bei Prozessen mit überschaubarer Komplexität – wenige Bearbeitungsschritte und involvierte Personen sowie eine geringe Anzahl pro Jahr – ist es für Fachbereiche nicht wirtschaftlich, eine standardisierte Software einzukaufen oder aufwendig und kostenintensiv neu entwickeln zu lassen. Für Anwendungsfälle wie beispielsweise Genehmigungen für das Fällen eines Baumes oder Anträge für Denkmalschutz werden bei der internen Bearbeitung deshalb häufig improvisierte manuelle Lösungen wie Word-Dateien oder Excel-Listen eingesetzt.

MODUL-F, ein Gemeinschaftsprojekt der Freien und Hansestadt Hamburg und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI), soll diese Lücke schließen. Im Rahmen des Projekts wird eine Plattform entwickelt, über die Fachverfahren schnell und einfach mit vorprogrammierten Modulen erstellt werden können. Ziel ist es, eine durchgängige Digitalisierung von Verwaltungsprozessen zu ermöglichen und alle Behörden in Deutschland davon profitieren zu lassen.

MODUL-F ist im Referat „Steuerung Fachverfahren“ der Senatskanzlei Hamburg entstanden. Im Rahmen von Überlegungen zur strategischen Neugestaltung der Fachverfahrenslandschaft wurde die Idee entwickelt, Verwaltungsfachverfahren mithilfe von vorgefertigten Modulen zu erstellen. Das Infrastrukturprojekt läuft seit September 2021 und wird gesteuert vom Amt für IT und Digitalisierung der Senatskanzlei. Das BMI finanziert MODUL-F im Rahmen der OZG-Umsetzung. Dataport ist als Hauptdienstleister an der Entwicklung der Plattform beteiligt.

MODUL-F basiert auf einer Low-Code-Plattform. Dabei handelt es sich um eine Entwicklungsumgebung, für die keine klassischen Programmierkenntnisse notwendig sind. Die Low-Code-Plattform a12 von Anbieter mgm technology bildet die Grundlage und wird für die Zwecke des Anbieters MODUL-F weiterentwickelt. Damit können bestimmte Funktionen, die in jeder Verwaltung gebraucht werden, als vorprogrammierte Module zur Verfügung gestellt werden. Fachverfahren können auf diese Weise unkompliziert und nach dem Baukastenprinzip entwickelt werden. Dafür braucht es keine professionellen Entwickler, es reicht aus, IT-affine

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Behörden entsprechend zu schulen. Sie entwickeln dann das von den Verwaltungsmitarbeitenden benötigte Fachverfahren.



MODUL-F: Baukasten für Fachverfahren.

Mit MODUL-F hat Hamburg ein Thema aufgegriffen, das für die gesamte deutsche Verwaltung relevant ist. Denn das Problem, dass in vielen Bereichen der internen Verwaltung der Bedarf für Software-Unterstützung fehlt, besteht bundesweit. Das haben die Projektbeteiligten im Austausch mit Bundesverwaltungen, verschiedenen Bundesländern und Kommunen herausgefunden.

Aus diesem Grund sind die Verwaltungsmitarbeitenden eine wich-

tige Nutzergruppe, die MODUL-F anspricht. Mit den auf der Plattform erstellten Fachverfahren können sie ihre Arbeit durchgängig digital und nachhaltig erledigen. Diese Vorteile werden besonders dann deutlich, wenn man sich einen klassischen Antragsprozess anschaut: Bisher musste Herr Mustermann die Bescheiderstellung manuell mit verschiedenen Excel-Listen und Word-Vorlagen erledigen – nun bietet ihm das eigens für seinen Prozess erstellte MODUL-F-Fachverfahren ein einheitliches System für eine digitale und effiziente Bearbeitung. Stellt eine Bürgerin online einen Antrag, muss Herr Mustermann diesen nicht mehr händisch übertragen – oder, im schlimmsten Fall, ausdrucken –, sondern kann den Antrag über das Fachverfahren bearbeiten. Und fehlen nach der Prüfung noch Informationen, kann er direkt eine Rückfrage an die Antragstellerin senden. Es entstehen keine Aktenberge. So kann Herr Mustermann seine Anträge effizient und medienbruchfrei bearbeiten, und die Bürgerin erhält eine schnelle und transparente Ausführung ihres Anliegens.

Die zweite Zielgruppe sind die Fachverfahrensentwickelnden. Diese können MODUL-F überall da einsetzen, wo es intern noch Digitalisierungsbedarfe gibt, die schnell und einfach umgesetzt werden sollen. Damit Herr Mustermann genau die digitale Anwendung erhält, die er für seinen Antragsprozess benötigt, baut seine Kollegin, Frau Musterfrau, das gewünschte Fachverfahren. Frau Musterfrau wurde zur MODUL-F Entwicklerin geschult und kann nun eigenständig aus einer zentral bereitgestellten Modulbibliothek heraus ein neues

Fachverfahren entwickeln. Die Module dort bilden Funktionalitäten ab, die in Verwaltungsprozessen immer wieder vorkommen. Da die Module vorgefertigt wurden, ist auch die Zusammensetzung schnell und einfach.

Die Umsetzung von MODUL-F erfolgt in Form zweier Minimum Viable Products (MVP). Im August 2022 wurde mit der Fertigstellung von MVP I der erste Meilenstein erreicht: Eine funktionsfähige Ausführung des Produkts mit ersten Modulen ist fertig. Mithilfe dieser Grundversion konnten zwei prototypische Fachverfahren auf Landes- und Bundesebene angefertigt und damit gezeigt werden, dass das zugrunde liegende Konzept der Fachverfahrenserstellung funktioniert.

Der nächste Schritt ist die Realisierung von MVP II. Dieser hat das Ziel, die Nachnutzbarkeit zu gewährleisten. Die Infrastruktur von MODUL-F wird zentral entwickelt und betrieben, soll aber allen Verwaltungen zur Nutzung angeboten werden. Länder, Kommunen und Bundesverwaltungen sollen MODUL-F als Kunden beziehen können. Auf der Plattform werden Fachverfahren mitgeliefert, die von allen genutzt werden können, zum Beispiel für Prozesse, die zu Online-Diensten gehören und ähnlich in der Abarbeitung sind. Das Besondere ist, dass alle Kundinnen und Kunden auf der Plattform noch eigene, spezifische Fachverfahren erstellen und sie als EfA-Dienst bereitstellen können. Auf diese Weise soll eine Verwaltungscommunity aufgebaut werden und MODUL-F sich durch die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden stetig weiterentwickeln.

Neben der Nachnutzung steht auch die Usability im Fokus. Aufbauend auf MVP I wird die Plattform weiterentwickelt und nutzerfreundlicher gestaltet. Immer im Fokus steht die Barrierefreiheit. Bereits bei der Entwicklung wird versucht, alle relevanten Vorgaben umzusetzen und beispielsweise getestet, ob für Menschen mit Sehbehinderungen alle Komponenten der Anwendung vorlesbar sind und die gewählten Farben und Kontraste die Inhalte für jede und jeden gut sichtbar machen.

Aktuell planen die Projektbeteiligten, wie es mit MODUL-F weitergehen wird und befinden sich in Gesprächen mit den Auftraggebern. Fest steht, dass MODUL-F ab 2023 in einer ersten Version zur Verfügung gestellt wird, sodass weitere Verwaltungen es als Produkt beziehen können. Der Weg dorthin wird spannend und hält einige Herausforderungen bereit. Die technische, rechtliche und organisatorische Nutzung der Plattform zu ermöglichen und ein Preismodell zu entwickeln, das kleinste Kommunen, Landes- und Bundesverwaltungen einbezieht, ist sehr anspruchsvoll.

Gleich zwei Mal wurde das Projekt beim diesjährigen E-Government-Wettbewerb ausgezeichnet: Mit dem ersten Platz in der Kategorie „Bestes Kooperationsprojekt 2022“ sowie mit dem dritten Platz beim Publikumspreis. Bundesweit stößt MODUL-F auf großes Interesse und mit beinahe allen Bundesländern besteht ein regelmäßiger Austausch.

Zehra Öztürk ist Projektleiterin bei der Senatskanzlei Hamburg; Eva Dipobagio ist Projektkoordinatorin bei Dataport.

Digital zum Parkausweis

Michael Brems / Adrian Sommer

In der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) können Straßenverkehrsbehörden über drei Ländergrenzen hinweg Handwerkerparkausweise ausstellen. Mithilfe einer No-Code-Plattform soll der gesamte Prozess nun vollständig digitalisiert werden.

Die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) bildet über drei Ländergrenzen hinweg im Föderalismus alle Schichten ab und ist der perfekte Nährboden für die Implementierung von Erprobungsräumen und Roll-outs für Verwaltungsprojekte. Als die GmbH im Jahr 2005 als Public-Private-Partnership gegründet wurde, war der Anspruch, ein regionales Wirtschaftsförderungsunternehmen zu werden und den Standort MRN bekannt und lebenswert zu machen – mit verbesserten Standortfaktoren und Vorteilen für lokale Unternehmen.

Der Handwerkerparkausweis (HWP) der Metropolregion Rhein-Neckar ist ein Ergebnis dieses Anspruchs und erfüllt diesen mit Bravour. Seit über zwölf Jahren sind in der gesamten Region alle betroffenen Straßenverkehrsbehörden in der Lage, die über Verwaltungsgrenzen hinweg gültige Sonderparkgenehmigung auszustellen. Alle Handwerker in der Region haben, angelehnt an Voraussetzungen des genutzten Fahrzeugs, Anrecht auf die Bean-

tragung des HWP) und müssen nicht mehr für jeden Ort eine eigene Ausnahmegenehmigung zum Parken im öffentlichen Raum beantragen. Über drei Ländergren-



MRN: Sonderparkgenehmigung einfach online beantragen.

zen hinweg ist das allein schon ein nennenswerter Erfolg in der interkommunalen Kooperation. Der HWP) ist darüber hinaus auch in der befreundeten Technologieregion Karlsruhe nutzbar.

Warum ist ein simpler und erfolgreicher Prozess wie der Handwerkerparkausweis genau der richtige, um die Vorteile der Verwaltungsdigitalisierung aufzuzeigen? Ganz einfach: Der Zugang, die Beantragung, die Bescheinigung und die Verankerung der gesamten Leistung in einer digitalen Prozess- und Dialogkette bringt Vorteile

für alle beteiligten Parteien. Denn der Handwerkerparkausweis leidet unter seinem Erfolg. Die jährliche Zahl beantragter Sonderparkgenehmigungen steigt stetig – mit bisher über fünftausend Anträgen im Jahr 2022. Eine Vielzahl dieser Anträge erfolgt in den Oberzentren der Region, was zu einer starken Auslastung der Sachbearbeitenden führt, die das Produkt als Teil des täglichen Geschäfts behandeln müssen. Eine verlängerte Bearbeitungszeit führt unterdessen nicht nur auf Verwaltungsseite zu Frustration, sondern auch bei den Handwerksbetrieben.

Was den Prozess verlangsamt, ist der verstreute Zugang zu Informationen und ein langwieriger Korrekturprozess. Teil des Antrags sind neben dem Kennzeichen und der Beschreibung des Unternehmens auch Bilder des verwendeten Fahrzeugs. Diese werden von den Sachbearbeitenden auf die Anwendbarkeit der Sonderparkgenehmigung geprüft – ein Verfahren, das häufig nicht eindeutig ist und daher Klärungsbedarf bei Antragsteller und weiteren Stellen erzeugt. Au-

ßerdem wird der Antrag händisch ausgefüllt, dies führt zu diversen Fragen, welche über E-Mail oder Telefon geklärt werden müssen.

Alle bestehenden Herausforderungen lassen sich jedoch durch einen digitalen Prozess beseitigen. Der digitale Zugang über eine Online-Service-Plattform erlaubt es, über die Eintragung des Orts eine für den Antragsteller unsichtbare Zuordnung zur entsprechenden Straßenverkehrsbehörde herzustellen. Die Zuordnung wird über entsprechende Register nach der Eintragung der Handwerkskartennummer korrigiert, da dort die Information über den Firmensitz hinterlegt ist. Die Darstellung des Antragsprozesses in digitaler Form fragt nach notwendigen Datenfeldern, informiert über die Datenschutzbestimmungen und erlaubt es, nutzbare Bilddateien in entsprechender Form zu hinterlegen. Um den Prozess also so strukturiert und einheitlich wie möglich zu halten, werden die Daten nach Sektionen prüfbar und den Sachbearbeitenden wird bereits in der finalen Ansicht eine Entscheidungsgrundlage geboten.

Perspektivisch wird über die Einbindung des Kfz-Melderegisters eine direkte Weiterleitung oder Ablehnung von Anträgen möglich, sollte das ausgewählte Kennzeichen einem für die Sonderparkgenehmigung nicht zugelassenen Fahrzeugtypen zugeordnet sein. Sachbearbeitende in der Verwaltung werden über einen Workspace über alle Anträge und deren aktuellen Status informiert. Die Anträge sind mit einer eindeutig zuordenbaren, aber pseudonymisierten Kennung der Antragstellenden für eine lückenlo-

se Rückverfolgung von Dialog- und Arbeitsprozessen versehen. Der eingegangene Antrag lässt sich über den Workspace mit einem entsprechenden Workflow digital bescheiden, ablehnen oder in eine Korrekturschleife geben – inklusive dem integrierten Bezahlvorgang auf der Plattform.

Um auch der Ordnungspolizei einen medienbruchfreien Bearbeitungsprozess zu ermöglichen, wird die Sonderparkerlaubnis zudem im jeweils genutzten Fachverfahren hinterlegt. Somit wird über das Scannen des Kennzeichens das Vorhandensein der Sonderparkgenehmigung festgestellt. Die Konzeption dieses letzten Schritts ist bereits abgeschlossen und technisch möglich.

Ermöglicht wird die digitale Transformation der gesamten Verwaltungsleistung Handwerkerparkausweis durch die von dem Unternehmen EGovC entwickelte No-Code-Plattform OMNIA, welche drei Komponenten beinhaltet: den OMNIA-Editor, das OMNIA-Serviceportal sowie den OMNIA-Workspace.

Der Editor erlaubt es, jegliche Leistung und jeglichen Vorgang in einzelnen Formularen und Prozessdialogen per Drag-and-drop zu erstellen. Er ist für die Umsetzung des Projekts lediglich in der Vorbereitung und der weiteren Betreuung des Produkts relevant. So kann beispielsweise eine Änderung in der gesetzlichen Grundlage oder eine Anpassung im Rahmen der Sonderparkgenehmigung ohne Weiteres selbstständig und schnell eingearbeitet werden. Das OMNIA-Serviceportal ist für den Kunden der Zugang zur Verwaltungsleistung. In

vielen Fällen wird ein ausgelagertes Serviceportal angebunden und die Leistung über einen Weiterleitungslink verfügbar gemacht. So können Verwaltungen, die etwa das Portal service-bw oder das Nutzerkonto Bund nutzen, ihre gewohnte Umgebung für die Bürgerinnen und Bürger beibehalten.

Der OMNIA-Workspace wiederum ist die Umgebung, in der sich die Sachbearbeitenden wiederfinden. Hier sind die eingegangenen, offenen und abgeschlossenen Anträge nach entsprechendem Workflow abgebildet und stehen für die Archivierung, Bestätigung oder Ablehnung bereit. Sachbearbeitende müssen in diesem Fall keine Ausdrücke mehr generieren, und der Arbeitsaufwand wird um ein Vielfaches verringert.

Das beschriebene Projekt zur Digitalisierung der HWPB-Beantragung in der Metropolregion Rhein-Neckar wird iterativ in drei Phasen abgebildet und bearbeitet. So werden zunächst Ist- und Soll-Prozesse erhoben und in Beteiligungsformaten mit Handwerk und Verwaltung erarbeitet und dann als digitales Produkt zur Verfügung gestellt.

Die Einbindung von Fachverfahren, Vorschlagsmöglichkeiten in der Bescheidung und das schlussendliche Ziel – die vollständig automatisierte Ende-zu-Ende-Realisierung des Produkts Handwerkerparkausweis – ist dank der No-Code-Plattform OMNIA bald erreicht.

Michael Brems ist Projektleiter Digitalisierung bei der EGovC GmbH, Pfungstadt, Adrian Sommer ist Geschäftsführer und Gründer des Unternehmens.

Agil zusammenarbeiten

Daniel Bohn

Sowohl verwaltungsintern als auch in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sind Online Whiteboards eine zeitgemäße Lösung für die agile Zusammenarbeit. Sie ermöglichen den schnellen Austausch bei übersichtlicher Dokumentation.

Geht es um die öffentliche Verwaltung, denken viele eher an Wartenummern, Aktenordner und Faxgeräte als an digitale Lösungen. Tatsächlich besteht hier noch viel Potenzial, Prozesse mittels elektronischer Anwendungen neu zu denken und zu vereinfachen. Auch das Workflow-Design oder Design Thinking sollten Behörden, die agiler arbeiten wollen und müssen, in den Blick nehmen. Denn ebenso wie die Privatwirtschaft spürt der Public Sector eine starke Nachfrage nach schnellen, digitalen Services. Oft stellt hier aber die Vereinigung agiler und digitaler Hilfsmittel mit der Bürokratie bei internen und externen Prozessen eine Hürde dar.

Dabei können digitale Anwendungen sowohl die internen Abläufe als auch die Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern effizienter und angenehmer gestalten. Ein Ansatzpunkt ist die Digitalisierung der Zusammenarbeit in den Behörden. Ineffizient wird diese oft durch eine intransparente Kommunikation und schwer nachvollziehbare Abläufe. Die vermehrte Arbeit im Homeoffice hat das vielerorts noch verstärkt: Der Austausch über den Schreibtisch hinweg entfällt, Kommunikation findet stattdessen schriftlich in unterschiedlichen

Programmen statt. Komplexere Planungen oder die kreative Ideenfindung, wie sie Teams gemeinsam im Konferenzraum an Whiteboards oder Flipcharts erarbeiten, waren digital zunächst nur schwer nachzubilden.

Nun aber schaffen visuelle Collaboration Tools wie Online Whiteboards Abhilfe. Sie ermöglichen nicht nur die Team-Arbeit aus der Ferne, sondern fördern als visuelle Hilfsmittel auch einen schnellen Austausch, kreatives Arbeiten und eine hohe Beteiligung aller Mitwirkenden. Unabhängig von Zeit und Ort können auf einer gemeinsamen, visuellen Arbeitsfläche wichtige Informationen zentral gesammelt und kommentiert werden – sei es im wöchentlichen Teammeeting, ein Brainstorming oder die Planung einzelner Aufgaben in einem Projekt. Ideen können auf virtuellen Klebezetteln eingebracht werden. Alle können gleichzeitig Klebezettel mit neuen Ideen oder Anmerkungen zu bisherigen Punkten posten. Das senkt die Hemmschwelle, sich einzubringen und kann verhindern, dass einzelne Teilnehmende die Diskussion dominieren. Im Unterschied zum Video-Meeting, bei dem der Ablauf im Prinzip dem einer Diskussionsrunde in persona entspricht, wird es auch zurückhalten-

deren Teilnehmenden erleichtert, Ideen sichtbar zu machen.

Ein weiterer Vorteil: Die Ergebnisse der Meetings mit Online Whiteboards sind übersichtlich festgehalten und lassen sich jederzeit wieder abrufen. Es müssen keine vollgeschriebenen Flipcharts abfotografiert und nachträglich digitalisiert werden. Eine vollständige, saubere Dokumentation ist bereits gewährleistet.

Wird die Diskussion auf ein Online Whiteboard verlagert, können sich Interessierte obendrein den Weg in den Sitzungssaal sparen. Wer gerade im Urlaub oder anderweitig verhindert ist, kann über eine stabile Internet-Verbindung und einen Link zum Board trotzdem teilnehmen und beispielsweise per Gastzugang ohne weitere Anmeldung mitarbeiten.

Für effiziente Projektabläufe spielt nicht zuletzt die Transparenz eine wichtige Rolle. Gerade im öffentlichen Bereich gilt oft das so genannte Push-Prinzip: Ist Mitarbeiterin A mit einer Aufgabe fertig, wird sie an Mitarbeiter B übergeben. In der Regel ist die nächste bearbeitende Person aber noch mit anderen Aufgaben beschäftigt. Die neue Aufgabe wird deshalb auf dem

Schreibtisch, in einem Regal oder im E-Mail-Eingang zwischengelagert. Damit verlängert sich die Bearbeitungszeit der Aufgabe. Haben alle Zugriff auf eine aktuelle Übersicht der gesamten Planung und Kommunikation zu einem Projekt, können Verzögerungen und deren Ursachen schneller identifiziert und Aufgaben gegebenenfalls besser verteilt werden. Auch dabei können die Online Whiteboards helfen.

Geht es um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, haben einige Städte und Gemeinden die Vorteile der interaktiven Whiteboards bereits erkannt. So hat beispielsweise die Stadt Celle ein Online Whiteboard genutzt, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern einen Flächennutzungsplan zu erarbeiten. Auch die Stadt Aichach profitierte von einem regen digitalen Austausch über eine virtuelle Fläche, auf der Ideen für den Stadtplatz und Anregungen für das Verkehrskonzept gesammelt wurden. Dabei hatten nicht nur Anlieger, sondern alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich einzubringen.

Wenn Kommunen sich für neue, digitale Anwendungen entscheiden, müssen sie einiges beachten. Denn der öffentliche Bereich unterliegt besonderen Regulierungen. Sicherheit und Compliance sind hier entscheidende Faktoren. Unabdingbar ist die Konformität mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Bei hoher Konformität wird beispielsweise sichergestellt, dass Daten die EU nicht verlassen und in Rechenzentren auf europäischem Boden gespeichert und verarbeitet werden. Die Verarbeitung unterliegt dann den strengen Daten-

schutzstandards der EU. Sofern eine Datenauslagerung in Drittländer stattfindet, müssen Anbieter zusätzliche Maßnahmen zur Datensicherung treffen und diese auf Anfrage darlegen. Wie genau die Vorschriften erfüllt werden, veröffentlichen Anbieter in den Technischen und Organisatorischen Maßnahmen (TOM). Dazu gehört beispielsweise die Pseudonymisierung gespeicherter Daten, die Verschlüsselung von Informationen, die Vertraulichkeit und Integrität des Tool-Anbieters,

die Verfügbarkeit und Belastbarkeit der zugrundeliegenden IT-Infrastrukturen und die Prüfung der Wirksamkeit technischer und organisatorischer Maßnahmen. Zusätzliche Qualitätsmerkmale beinhalten entsprechende Zertifizierungen, etwa gemäß ISO 27001, mit der die Wirksamkeit des Informationssicherheits-Management-Systems (ISMS) bescheinigt wird.

Daniel Bohn ist Co-Gründer und Product Lead von Conceptboard.

Anzeige



SICHERES IT-OUTSOURCING: IHR THEMA 2023?



MEHR ERFAHREN

Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) steigt der Grad schützenswerter Daten. Als Gesellschaft in öffentlicher Hand hosten wir sensible Daten und bieten Sicherheit gegen Angriffe. Ein weiterer Vorteil gegenüber dem Betrieb vor Ort sind die in der Regel höhere Datenübertragungsraten sowie die Verfügbarkeit, die durch ein redundantes Glasfasernetz am Standort der regio iT gewährleistet ist.

Sie wollen nur Ihre IT-Infrastruktur auslagern? Auch im Housing bieten unsere 3-fach zertifizierten Rechenzentren Vorteile, wie Klimatechnik und Strom zum Festpreis.

 vertrieb@regioit.de  www.regioit.de

 **regio iT**

Plattform entlastet

Alexander Kremer

Fragen zur finanziellen Leistungsfähigkeit hessischer Kommunen beantwortet die Datenbank Kommunal Data Hessen. Die Plattform erlaubt eine ebenenübergreifende Kommunikation und wird zum vielseitigen Datenpool erweitert.

Wie ist es um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen bestellt? Welche wesentlichen Landesmittel werden an die Städte, Gemeinden und Landkreise ausbezahlt? Und wie sieht die Prognose für das Jahresende aus? Antworten auf diese zentralen Fragen liefert Kommunal Data Hessen. Die vom hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) eingerichtete Datenbank bündelt dafür nicht nur Finanzdaten und Daten mit kommunalem Bezug. Sie ermöglicht auch die Erhebung und Bereitstellung der Daten in hoher Qualität. Die hessischen Kommunen sind an die Datenbank angebunden. Seit September 2021 löst sie den aufwendigen und fehleranfälligen Prozess der E-Mail-Übermittlung von Excel-Tabellen an die Aufsichtsbehörden ab. Im Wettbewerb um den KommDIGITALE-AWARD wurde sie mit dem Siegel für exzellente Projekte ausgezeichnet.

Damit die Datenhaltung nicht als lästiger Selbstzweck verstanden wird, können angebundene Kommunen und Aufsichtsbehörden eine Vielzahl an Auswertungen in Kommunal Data Hessen einsehen. Die Lösung leistet dabei viel mehr als eine einfache Datenbank, in der die Daten nur verwaltet und für Berich-

te vorgehalten werden. Sie ist zu einer Austauschplattform zwischen den angebundenen Kommunen und der Kommunalaufsicht auf Ebene der Landkreise, Regierungspräsidien und dem HMdIS geworden.

Begonnen hat die Digitalisierung des Prozesses mit der Datenerfassung zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen. Über eine Schnittstelle können die entsprechenden Informationen aus den meisten in Hessen eingesetzten Finanz-Software-Systemen direkt in die Datenbank hochgeladen werden. Letztere gibt Auskunft über die Jahresabschlussdaten, kommunale Stammdaten, Bevölkerungsdaten, Fördergelder und Zuweisungen – Daten, die Städte und Gemeinden, Landkreise, Regierungspräsidien, das HMdIS, die organisatorisch an den Hessischen Rechnungshof angegliederte Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften (ÜPKK) sowie die kommunalen Spitzenverbände für ihre Arbeit nutzen können.

Dank der hochwertigen Daten und neuerdings der Verknüpfung zum Datenbestand des Statistischen Landesamts erhalten Nutzende alle erforderlichen Informationen auf einen Blick. Dabei kann die jeweilige Berechtigung für den

Datenabruf der Nutzergruppen individuell festgelegt werden.

Kommunal Data Hessen wurde im Rahmen des Projekts Digitale Modellbehörde (DMB) von der Abteilung Kommunale Angelegenheiten sowie der Abteilung Cyber- und IT-Sicherheit, Verwaltungsdigitalisierung des HMdIS gemeinsam mit der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) entwickelt. „Im Rahmen der DMB gestalten wir die Digitalisierung der hessischen Verwaltung mit, indem wir digitale Lösungen für eine zeitgemäße und sichere Kommunikation mit unseren Kommunen entwickeln“, sagt Ministerialdirigent Ralf Stettner, Leiter der Abteilung Cyber- und IT-Sicherheit, Verwaltungsdigitalisierung. „Mit über 70 Teilprojekten und rund 200 OZG-Leistungen ist die DMB eines der größten Digitalisierungsvorhaben für die hessische Landesverwaltung.“

Das Ziel der Datenbereitstellung ist eng verzahnt mit der Datenerhebung. Gegenüber der bisherigen Methode wird in Kommunal Data Hessen beispielsweise mittels integrierter Prüfschritte die Datenqualität verbessert. Ein weiteres für das HMdIS vordringliches Ziel ist die Entlastung der Kommunen. Daten sollen deshalb nicht länger

mehrfach, sondern nur noch einmal erfasst und dann den unterschiedlichen Nutzern zur Verfügung gestellt werden. „Wir möchten mit den Kommunen in den Dialog treten und sie beispielsweise weitestgehend von Doppelabfragen aus unterschiedlichen Ressorts entlasten“, bekräftigt Ministerialdirigent Matthias Graf, Abteilungsleiter für Kommunale Angelegenheiten im HMdIS. Perspektivisch sollen die politischen Entscheidungsträger Zugriff auf aktuelle sowie relevante Datenbestände erhalten. Das soll ihnen eine schnelle Information ermöglichen, sodass sie zeitnah notwendige Entscheidungen treffen können.

Kommunal Data Hessen soll zum vielseitigen Datenpool für die 443

hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die Regierungspräsidien werden. „Nehmen wir mal die Informationen aus dem Sozialbereich, die Betreuung der Kitaplätze, die Gesundheitsämter oder Daten für den Katastrophenschutz – wenn es uns gelingt, kommunale Daten mit den Finanzdaten zu verknüpfen, warum sollten diese nicht auch in die Datenbank eingespeist werden und einen Mehrwert liefern?“, regt Ministerialrat Thorsten Hardt, Referatsleiter für Kommunale Finanzen im HMdIS an. Damit spielt er auch auf die mögliche Nachnutzung der Finanzdaten und kommunalen Daten für die Öffentlichkeit an. Mit der Datenbank soll eine Schnittstelle zum kommunalen Bereich geschaffen werden, die auf das Digitalisierungsziel

des Landes Hessen hinwirkt und diese Daten den Landesbehörden, den Kommunen und zukünftig der Öffentlichkeit gebündelt zur Verfügung stellt.

Das Vorhaben, Kommunal Data Hessen auf weitere Abteilungen und Ressorts – auch mit kommunalem Bezug – auszuweiten, stößt auf positive Resonanz bei den Nutzerinnen und Nutzern. Die Datenbank hat somit das Potenzial, zu einer ressortübergreifenden Informationsplattform zu werden und die digitale Verwaltung erheblich voranzutreiben.

Alexander Kremer ist Hauptansprechpartner für Kommunal Data Hessen im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.

Anzeige



Ihr ganzheitlicher Lösungsanbieter.

Prosoz bietet als erster Fachverfahrenshersteller eine ganzheitliche Ende-zu-Ende-Lösung auf Basis von XBau 2 für Bauaufsichtsbehörden an.

Medienbruchfrei vom Online-Bauantrag über das Baugenehmigungsverfahren bis zum digitalen Bescheid: Mit unserer Softwarelösung

Prosoz elan comfort verbinden wir hohe Fachlichkeit und tiefe Verfahrensintegration mit der Low-Code-Plattform unseres Partners cit GmbH als Service aus einer Hand.

Wir machen Digitalisierung einfach.



Sprechen Sie uns an!
www.prosoz.de

Prosoz

Achtung, Homeoffice!

Auch im heimischen Büro lauern Gefahren durch Cyber-Angriffe. Neben den IT-Verantwortlichen ist jeder Einzelne gefordert, für IT-Sicherheit im Homeoffice zu sorgen. Der Beitrag beschreibt Angriffsphänomene und gibt Tipps für das Verhalten im Verdachtsfall.

Homeoffice, Telearbeit, mobiles Arbeiten – nicht erst seit der Corona-Pandemie gibt es für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten. Doch auch im heimischen Büro lauern Gefahren durch Cyber-Angriffe, mit denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft eigenverantwortlich auseinandersetzen müssen. In den meisten Kommunen gibt es zumindest eine IT-Fachkraft oder einen Dienstleister, der sich um die Server- und Netzwerkarchitektur kümmert und diese fachgerecht einrichtet. Im privaten Zuhause ist dies eher selten der Fall. Der IT-Experte hat keinen Einblick in die Einstellungen des heimischen Netzwerks. Hierdurch können Sicherheitslücken entstehen, die Angreifer ausnutzen.

Mit dem Abschluss eines Vertrags über einen Internet-Anschluss erhält man den in den Firmenfarben des Internet-Anbieters gehaltenen Router. Sobald man diesen erfolgreich installiert und die Endgeräte im Netzwerk anmeldet, hat man Internet-Zugriff. Die einzelnen Endgeräte senden Anfragen an den Router, dieser leitet die Anfragen an das Internet weiter und schickt die

angeforderten Daten an das Endgerät zurück.

Inzwischen tummeln sich im heimischen Netzwerk oft viel mehr Geräte als uns bewusst ist. Drucker, Computer, Handy, Tablet, Fern-



Im Homeoffice für Cyber-Sicherheit sensibilisieren.

seher, Heizung, Spielekonsolen, Kühlschränke – fast alle modernen Geräte haben Internet-Zugang und schicken sekundlich Anfragen an den Router oder senden Daten an die Hersteller und deren Partner. Manchmal tun sie das, weil es zur Bereitstellung eines Diensts notwendig ist, oftmals jedoch auch, weil die Hersteller und deren Partner persönliche Kundenprofile erstellen, um gezielter werben zu können. In dieses unübersichtliche und für den IT-Betrieb der Kommune nicht zu kontrollierende, private Netzwerk wird nun ein dienstliches

Endgerät eingeführt. Jedes Gerät in diesem Netzwerk ist ein potenzielles Einfallstor für Cyber-Kriminelle. Gelingt dem Angreifer ein Zugriff auf die Spielekonsole oder das Smart-TV, dann hat er einen Brückenkopf, von dem aus er die anderen Geräte angreifen kann.

Eine erste Maßnahme zur Abhilfe ist es, sich einen Überblick zu verschaffen, welche Geräte Internet-Zugang haben. Die von den Herstellern vergebenen Passwörter des Routers und aller Geräte mit Internet-Zugang sollten geändert und die Betriebssoftware regelmäßig aktualisiert werden. Wo möglich, sollte über die Einstellungen begrenzt werden, welche Daten an wen gesendet werden. Mehr Sicherheit erreicht man durch die Einrichtung einer Firewall oder die Unterteilung des Netzwerks in Zonen (Netzwerksegmentierung). Viele Privathaushalte haben einen Gastzugang in ihrem WLAN eingerichtet. Die Einrichtung eines Netzwerkzugangs, in dem sich nur dienstliche Geräte anmelden, ist oftmals analog möglich. Der IT-Verantwortliche der Kommune sollte die Dienstgeräte so konfigurieren, dass aus fremden Netzen heraus nur über eine VPN-Verbindung Zu-

gang in das Verwaltungsnetz hergestellt werden kann, im Idealfall beschränkt auf dienstliche Endgeräte.

Beim Virtual Private Network (VPN) handelt es sich um ein privates, in sich geschlossenes Netzwerk, welches ein bestehendes Kommunikationsnetz nutzt und daher nur virtuell besteht. Der sich im privaten Netzwerk befindliche Rechner einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters erhält über VPN Zugriff auf das Netzwerk, die Daten und Anwendungen der Dienststelle. Hierdurch hat die Dienststelle Einfluss auf Verschlüsselung und Übertragungsprotokoll und kann so eine abhör- und manipulationssichere Kommunikation gewährleisten.

Serie Cyber-Sicherheit

Teil 1: Bedeutung des Themas und Vorstellung von Hessen3C

Teil 2: Die wichtigsten Tipps zur Erhöhung der Informationssicherheit

Teil 3: Bedrohungsakteure und ihre Methoden

Teil 4: Gefahren im Homeoffice und durch mobiles Arbeiten

Teil 5: Resilienz erhöhen – Wie kann man sich auf den Ernstfall vorbereiten?

Teil 6: Interne und externe Kommunikation in der Krise

In der Pandemie kam die Umstellung auf Homeoffice für viele Kommunen unglaublich plötzlich. Für die Beschäftigten standen oft nicht ausreichend dienstliche Endgeräte zur Verfügung, sodass notgedrungen auch private Endgeräte zum Einsatz kamen. Im Normalbetrieb sollte dies vermieden werden. Sobald mobiles Arbeiten zum Nor-

malfall wird, sollten dienstliche Endgeräte zur Verfügung stehen, deren Verwaltung durch die IT-Verantwortlichen der Kommune erfolgt. Wenn eine Nutzung privater Endgeräte nicht vermieden werden kann, müssen feste Regelungen getroffen werden, beispielsweise darüber, wie schnell Software Updates zu installieren sind oder ob der ▶

Anzeige

LÄMMkom UH-LEX

Unterhaltsansprüche einfach, umfassend und aktuell bearbeiten

Steigende Ausgaben bei den Sozialleistungen rücken die Verfolgung und Geltendmachung der Unterhaltsansprüche für die Sozialämter, Unterhaltsvorschusskassen und Jobcenter stetig weiter in den Fokus.

Mit LÄMMkom UH-LEX verfügen Sie über eine moderne, leistungsfähige Fachanwendung zur Durchführung komplexer Unterhaltsberechnungen als Grundlage einer effizienten, ergebnisorientierten Ermittlung und Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen.

- LÄMMkom UH-LEX unterstützt alle am Prozess beteiligten Stellen einer Kommunalverwaltung.
- LÄMMkom UH-LEX versetzt die Sachbearbeitenden in den Unterhaltsabteilungen in die Lage, dieses vielschichtige Thema umfassend auf einer modernen Plattform zu bearbeiten.

- LÄMMkom UH-LEX verfügt neben den detaillierten Berechnungsgrundlagen über eine umfangreiche Literatur- und Rechtsprechungssammlung.
- LÄMMkom UH-LEX bietet stets aktuelle Textvorlagen für eine kompakte und vollständige Unterhaltsbearbeitung.

Überzeugen Sie sich persönlich von den Leistungen unserer Anwendung und fragen Sie unkompliziert einen Testzugang an.

LÄMMERZAHL GmbH

Am Uhlenhorst 1
44225 Dortmund

+49 231 17794-0
vertrieb@laemmerzahl.de
www.laemmerzahl.de



Arbeitgeber im Notfall das gesamte Endgerät inklusive aller privaten Daten remote löschen darf. Der dienstliche und private Gebrauch sollten soweit wie möglich getrennt werden.

Für Datenübertragungen zwischen privaten und dienstlichen Geräten bedarf es gesonderter Regelungen, zum Beispiel einer datenschutzrechtlich geprüften File-sharing-Lösung in der Cloud, der Nutzung von VPN-Verbindungen oder der ausschließlichen Verwendung bereitgestellter USB-Sticks. Diese sollten, nachdem sie an einen externen Rechner angeschlossen waren, auf Schad-Software geprüft werden, bevor sie an einen Dienstrechner angeschlossen werden. Fremde, gefundene oder geschenkte Sticks sollten niemals verwendet werden. Cyber-Kriminelle nutzen sie gerne zum Einschleusen von Schad-Software. Das Abfotografieren von Unterlagen mit dem (Privat)-Handy, um diese von zu Hause aus weiter zu verarbeiten, sollte ebenfalls untersagt und der Umgang mit Papierakten im Homeoffice klar geregelt werden.

Die Distanz und Isolation, die durch das mobile Arbeiten entstehen können, werden von Cyber-Kriminellen bewusst ausgenutzt. Es gibt einige Angriffsphänomene, welche besonders bei der Arbeit von zu Hause zur Herausforderung werden können. CEO Fraud ist eine Art von Phishing. Dabei bringen Cyber-Kriminelle zunächst in Erfahrung, wie das Unternehmen strukturiert ist. Hierzu nutzen sie unter anderem Internet-Seiten, Pressemitteilungen, Medienberichte und öffentlich einsehbare Organigramme. Mit diesen Informatio-

nen können sie sich zum Beispiel als Bürgermeister ausgeben. Per E-Mail mit gefälschtem Absender schreiben sie Beschäftigte an und geben ihnen die Anweisung, hohe Geldbeträge zu überweisen oder wichtige Unterlagen zu schicken. Abhilfe schaffen gut geschultes Personal, welches das Phänomen CEO Fraud erkennt, sowie feste Kommunikationswege und Abläufe, die auch von Vorgesetzten konsequent eingehalten werden. Eine Überweisung oder der Versand von wichtigen Daten auf Zuruf sollte so ungewöhnlich sein, dass eine solche Aufforderung sofort misstrauisch macht. Diese verbindlichen Verhaltensregeln und direkten Kommunikationswege, auf denen man sich schnell, etwa durch einen Anruf, rückversichern kann, können Kommunen vor finanziellen Schäden in Millionenhöhe bewahren.

Bei einem Man-in-the-Middle(MITM)-Angriff schaltet sich der Angreifer unbemerkt in die Mitte einer Kommunikation. Er empfängt die Nachrichten des Senders und leitet diese weiter, ohne dass Sender und Empfänger sich dessen bewusst sind. Cyber-Kriminelle können so Kommunikation mitlesen und sich unbemerkt in diese einschalten. Phishing- und CEO-Fraud-E-Mails können ganze Verläufe enthalten und dem Empfänger wie eine reale Antwort auf eine von ihm gesendete Nachricht erscheinen. Besonders anfällig für MITM-Angriffe sind öffentlich zugängliche WLAN-Hotspots. Cyber-Kriminelle können sich jedoch auch Kontrolle über den Router eines privaten Netzwerks verschaffen oder einen eigenen WLAN-Hotspot mit einem offiziell anmutenden Namen einrichten und so die Kom-

munikation über sich umleiten. Man-in-the-Middle-Angriffe lassen sich durch eine Verschlüsselung der über das Netzwerk verschickten Datenpakete verhindern.

Es gibt einige Maßnahmen, die Dienststelle und Mitarbeitende treffen können, um das mobile Arbeiten sicherer zu gestalten. Doch was, wenn es trotzdem zu einem IT-Sicherheitsvorfall kommt? Es ist eine dringende Führungsaufgabe, gemeinsam mit den IT-Experten Verhaltensregeln bei IT-Sicherheitsvorfällen festzulegen und den Beschäftigten zu kommunizieren.

Hessen3C empfiehlt bei Verdachtsfällen oder Sicherheitsproblemen einige Grundregeln. Erstens: den Rechner vom Netzwerk trennen, indem das LAN-Kabel entfernt und die Verbindung über WLAN und mobile Daten manuell unterbrochen wird. Hierdurch wird eine Ausbreitung der Schad-Software eingedämmt. Zweitens: den Rechner nicht herunterfahren, da sonst wichtige Daten für die forensische Analyse verloren gehen können. Die Ergebnisse der forensischen Analyse erlauben eine Bewertung des Schadens und gegebenenfalls eine Strafverfolgung. Drittens: eine vorab benannte Ansprechperson für IT-Sicherheitsvorfälle informieren. Die Kontaktdaten müssen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Hause auch ohne Zugang zu Internet und Intranet vorliegen. Diese Stelle entscheidet über weitere Schritte. In Hessen können sich Kommunen zudem an die rund um die Uhr besetzte Hotline des Hessen3C wenden.

Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C).

Cyberabwehr professionalisiert

Die Cyberabwehr Bayern agiert jetzt aus neuen, hochprofessionell ausgestatteten Räumen heraus. Zudem erschien der erste bayernweite Lagebericht zur Cyber-Sicherheit.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat Mitte November 2022 gemeinsam mit Finanzminister Albert Füracker und Justizminister Georg Eisenreich die neuen Räumlichkeiten der Cyberabwehr Bayern sowie den Cyberlagebericht 2022 vorgestellt.



Neue Räume für die Cyberabwehr Bayern.*

Die 2020 gegründete Cyberabwehr Bayern fungiert als behördeninterne Informations- und Kooperationsplattform für alle bayerischen Landesbehörden mit Cyber-Sicherheitsaufgaben. Beteiligte Behörden werden schnellstmöglich über relevante IT-Sicherheitsvorfälle informiert und können im Krisenfall rasch über erforderliche Maßnahmen entscheiden. Verbessert wird laut Ministeriumsangaben auch der

* v.l.: Bayerns Finanzminister Albert Füracker; Innenminister Joachim Herrmann; Justizminister Georg Eisenreich

Überblick über die Gefährdungslage im Cyber-Raum, denn die Informationen der bayerischen Behörden mit Cyber-Sicherheitsaufgaben werden zu einem bayernweiten Cyber-Lagebild gebündelt. Zudem ist die Cyberabwehr Bayern die zentrale Ansprechstelle für das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ).

Nun hat die Cyberabwehr Bayern neue, „hochprofessionell ausgestattete“ Räume im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bezogen. Rund vier Millionen Euro hat das Land dafür ausgegeben. Innenminister Hermann sprach von einer „guten Investition“. Das neue Lagezentrum sei ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche ressortübergreifende Zusammenarbeit und angesichts der stetig zunehmenden Bedrohungen im Cyber-Raum wichtiger denn je.

Der erste bayernweite Lagebericht des Innen- und Finanzministeriums zur Cyber-Sicherheit im Freistaat bestätigt diese Einschätzung. Demnach nutzen Angreifer fortwährend neue Angriffsstrategien und organisieren sich zum Teil hochprofessionell in der Anonymität des Darknets. Ransomware ist mittlerweile zum größten Problem der Cyber-Kriminalität geworden. Durch die Begleichung von Lösegeldforderungen in einer Kryp-

towahrung wie Bitcoin können die Täter weitgehend anonym agieren. Im Jahr 2021 war in Bayern ein Anstieg von Krypto-Ransomware-Fällen von über 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Nach wie vor seien Software-Schwachstellen das Einfallstor für Cyber-Angriffe – auch, weil längst verfügbare Sicherheitsupdates zum Teil nicht eingespielt würden, wie Finanzminister Albert Füracker anmerkte. Er mahnte, die Bedrohungen ernst zu nehmen und IT-Sicherheit zur Chefsache zu machen. (sib)

Anzeige

**Sicheres und bequemes
Arbeiten ohne VPN,
im Homeoffice und mobil!**



Jetzt mehr erfahren unter
beyondssl.com/kommune



Stresstest für den Krisenfall

Hendrik Nitz

Kommunen betreiben Kritische Infrastrukturen. Um deren Belastbarkeit zu prüfen, bietet sich eine Resilienzanalyse an. Dabei werden mögliche Krisenszenarien durchgespielt.

Bei dem Begriff Kritische Infrastruktur denken die meisten als erstes an die Energieversorgung, an Atomkraftwerke und Netze. Weniger offensichtlich ist, dass Kommunen ebenfalls Kritische Infrastrukturen betreiben. Zu den kritischen Prozessen mit erhöhtem Schutzbedarf zählen etwa soziale Verfahren wie die Überweisung von Geldern, die Einsatzfähigkeit von Polizei und Feuerwehr, der Katastrophenschutz oder auch der Jugendschutz. Dementsprechend gilt es herauszufinden, welche Prozesse für eine funktionierende Gesellschaft kritisch sind und wie sie zu schützen wären. Hierbei zahlt es sich aus, die Stressfähigkeit ausgewählter Verfahren mit einer so genannten Resilienzanalyse zu prüfen. Diese fragt, was passiert, wenn ein Prozess in einer Stadtverwaltung nicht mehr funktioniert. Kernfragen lauten: Wie stressresistent ist ein Prozess gegen welche Gefährdungen? Welche Folgen sind zu erwarten, wenn der Prozess ausfällt? Eine Antwort verspricht eine valide Risikobewertung, um Ereignisse zu erkennen, die ein Fachverfahren aushebeln können.

„Eine Kommune kann digitale Zukunftsthemen nicht für sich allein bewerten. Vernetztes, ganzheitliches Denken wird zum Schlüssel für



In sieben Schritten zur resilienten Verwaltung.

passgenaue regionale Lösungsansätze“, sagt Markus Bauer, Landrat des in Sachsen-Anhalt gelegenen Salzlandkreises. „Wir arbeiten mit in der Gesellschaft und für die Gesellschaft. Wenn ein sensibles oder kritisches Verfahren nicht mehr funktionieren würde, hätte das weitreichende Konsequenzen.“

Für eine Kommune ist das als Aufgabe allerdings kaum umzusetzen. Externe Partner wie GISA können hier unterstützen. Sie schauen sich eine Gesamtsituation an, nehmen Organisation, Struktur, Mitarbeitende und Abläufe unter die Lupe, prüfen die aktuelle IT dahinter und entwickeln ein Angriffsszenario, um gezielt Schwachstellen zu finden. Anschließend bewerten sie mit der Kommune in einer Business-Impact-Analyse die möglichen Folgeschäden. Daraus ergibt sich, wie die IT für ein Ver-

fahren aussehen müsste und welches Sicherheitslevel sie braucht, um das Fachverfahren deutlich krisenfester anzulegen. Ist diese IT-gestützte Resilienz implementiert, prüfen die Experten das aktuelle Krisen-Management und die dahinterliegenden Automatismen, um abschließend weitere Maßnahmen zu empfehlen.

„Irgendwann trifft es jede Kommune mehr oder weniger stark“, befürchtet Landrat Bauer. „Wir müssen wissen, an welcher Stelle das passieren kann. Und wir müssen immer wieder üben, wie man sich in einem Krisenszenario verhalten sollte, um Schaden von der Organisation fernzuhalten. Das ist das Bestmögliche, was wir tun können. Nein – sogar müssen.“

Hendrik Nitz ist Chief Governance Officer bei der GISA GmbH.

Sicher daheim arbeiten

Siegfried Plommer

VPN-Verbindungen bieten im Homeoffice keinen ausreichenden Schutz vor Cyber-Angriffen. Um diesen zu gewährleisten, setzen viele Hersteller deshalb auf Zero Trust Network Access.

Vor der Corona Krise waren nur etwa vier Prozent aller Arbeitenden ganz oder überwiegend im Homeoffice tätig. Im Jahr 2022 pendelte sich die Zahl bei circa 20 Prozent ein. Studien zeigen, dass der Trend New Work anhalten wird. Das wirft Fragen nach der IT-Sicherheit, dem Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und personenbezogener Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf. Die Pandemie und der Zwang, von zu Hause aus zu arbeiten, haben ein bereits bestehendes Problem verschärft: Wie schützt man Arbeitsplätze, die sich außerhalb des abgesicherten Unternehmensnetzwerks befinden?

Aus der Not heraus wurden bewährte Techniken auf das Homeoffice und mobile Arbeitsplätze angewendet. In der Praxis kam deshalb überwiegend die VPN-Technologie zum Einsatz (Virtual Private Network). Eine VPN-Verbindung ist dann sinnvoll, wenn sie als Standortvernetzung innerhalb besser zu sichernden Umgebungen dient. Bei mobilen Arbeitsplätzen ist die gleiche Technologie jedoch durch die Vielzahl der Endpunkte höchst problematisch. Der Grund: Durch eine VPN-Verbindung wird der mobile Arbeitsplatz Mitglied im Kommunal- beziehungsweise Unternehmensnetzwerk. Damit steht

der Zugang zu allen darin befindlichen Systemen offen.

Beharrt man auf einer VPN-Verbindung zur Anbindung externer Geräte, müssen diese überwacht und kontrolliert werden. Nur so lässt sich vermeiden, dass Schad-Software automatisch eingeschleust oder unerwünscht auf das Gerät zugegriffen wird. Dafür werden auf den Endgeräten, von denen die Verbindung ausgeht, verschiedene Clients und Tools installiert, die der Absicherung dienen sollen. Zusätzlich sind weitere Maßnahmen im Intranet notwendig, um etwa die Zugriffsrechte der einzelnen Anwender zu überwachen. Hinzu kommt, dass durch den Einsatz einer VPN-Verbindung kritische Verwaltungs- und Unternehmensdaten auf den Endgeräten der Anwender landen, wo die Verwaltung sie nicht mehr kontrollieren kann. Unter diesen Umständen weiterhin die DSGVO-Richtlinien einzuhalten, ist äußerst schwierig.

Deshalb sind Lösungen zu bevorzugen, die den Zugriff auf Systeme und Anwendungen mit granularen Zugriffsrechten absichern und die Abwanderung von Daten auf Clients außerhalb des Netzwerks verhindern. Dies gewährleisten Zwei-Faktor-Authentifizierungslösungen, die eine Voraussetzung für

so genannte Zero-Trust-Network-Access (ZTNA)-Strategien darstellen. Zero Trust Network Access geht davon aus, dass keinem Benutzer oder Endgerät, das sich mit dem internen Netzwerk verbinden will, vertraut werden darf. Darüber vergibt ZTNA nur stark eingeschränkte Zugriffsrechte. Dieses Prinzip widerspricht deshalb in großen Teilen üblichen VPN-Verbindungen. Um die ZTNA-Vorgaben erfüllen zu können, rücken viele Hersteller von den Firewalls der klassischen VPNs ab. Stattdessen bevorzugen sie alternative Zugriffslösungen, die kostengünstiger und weniger komplex sind. Wenn man die jüngsten Vorfälle genauer betrachtet, springt eine Tatsache ins Auge: Eine Software allein schützt nicht hundertprozentig vor Cyber-Angriffen. Die Schwachstelle Mensch muss in die Sicherheitsbewertung einbezogen werden. Deshalb empfiehlt es sich, Schulungen durchzuführen. Nur so lassen sich die Nutzer für jede Art von betrügerischen Angriffen sensibilisieren. Erst die Verbindung aus erfahrenen Benutzern, einer Firewall und einer beherrschbaren, klar strukturierten Remote-Access-Lösung kann einen nahezu hundertprozentigen Schutz gewährleisten – und sie kostet kein Vermögen.

Siegfried Plommer ist Geschäftsführer der beyond SSL GmbH.

Passgenau flexibel

Ilse Eberl

Eine maßgeschneiderte und doch jederzeit anpassbare Software erleichtert die Arbeit im Jugendamt des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Die Lösung punktet unter anderem bei der Dokumentenerstellung und der Einarbeitung neuer Mitarbeitender.

Als das Jugendamt des Landkreises Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2019 beschloss, mit OK.JUS die Jugend- und Sozialhilfe-Software der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) einzuführen, wussten die Fachkräfte nicht, was auf sie zukommen würde. Einzig Benedikt Schiebilski, Vormund und zuständig für die IT-Belange im Jugendamt, hatte die Lösung vorab mehrmals bei Präsentationen gesehen. Er war seitdem nicht nur von der Idee eines maßgeschneiderten Programms für sein Jugendamt angetan, sondern auch von der Konzeption und dem Aufbau von OK.JUS. Jetzt musste er nur noch seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Lösung überzeugen. 50 Beschäftigte sind für das Jugendamt des Landkreises tätig – Tendenz steigend. Heute arbeiten 38 der Fachkräfte mit OK.JUS.

Für das Einführungsprojekt wurden zunächst die Freistellungen der Administratoren geklärt: Der Hauptadministrator sollte 70 Prozent seiner Arbeitszeit in die Umstellung investieren, die Fachadministratoren aus den Bereichen 20 Prozent. Eine Vertretung für den Administrator wurde ebenfalls festgelegt. Die Aufgabe des Haupt-

administrators lag darin, alle erforderlichen administrativen Anpassungen von OK.JUS vorzunehmen. Die Fachadministratoren sollten dem Hauptadministrator zuarbeiten, indem sie die Kernprozesse im Team erarbeiteten und die benötigten Dokumente abstimmten.

Das Jugendamt hatte vor der Einführung von OK.JUS die eigenen Prozesse noch nicht analysiert. Geplant war, auf Basis der mit der neuen Software ausgelieferten Prozesse zu überlegen, was übernommen werden kann und wo Prozesse anders gestaltet werden sollten.

Intern für das Programm zu werben und die Mitarbeitenden dafür zu gewinnen, empfand Benedikt Schiebilski als eine seiner wichtigsten und herausforderndsten Aufgaben. Die Botschaft, die er mit diesem Ziel vermittelte, lautete: „Wir bekommen eine Software, die uns die Arbeit erleichtert.“ Dabei spielt die Dokumentenanbindung eine große Rolle, die sich unmittelbar bei den Fachkräften auswirkt. Schiebilski weiter: „Mir war daran gelegen, zu zeigen, was das Programm alles kann. Ich bin in die Teams gegangen und habe gesagt, ihr müsst euch überlegen, wie ihr arbeitet, ihr müsst auf einen Nenner kommen, und dann können wir



Benedikt Schiebilski ist von OK.JUS überzeugt.

alles im Programm abbilden. Ich habe an Beispielprozessen konkret gezeigt, wie leicht das Arbeiten mit OK.JUS wird.“

Dafür musste sich Schiebilski zunächst selbst mit den Arbeitsprozessen in der neuen Software auseinandersetzen. Was ist wie in OK.JUS anzulegen, damit andere optimal arbeiten können? Wie kann ich die Kernprozesse gestalten? Und wie wollen wir zukünftig zusammenarbeiten? Diesen Fragen spürte er nach und erkannte im Laufe der Einführung die nahezu uneingeschränkten Möglichkeiten von OK.JUS. Dabei ist der Anspruch von Schiebilski hoch. Er will ein Programm einsetzen, das die Arbeitsschritte der Praxis exakt

abbildet – sowohl die Reihenfolge als auch die benötigten Funktionen. „Das Zusammenspiel von Kernprozess, Teilprozess, Aktivität und Dokument ist entscheidend“, sagt er. „Dies abzubilden, ist eine der Stärken von OK.JUS.“

Im Fachbereich Allgemeiner Sozialdienst war es anfangs schwierig, festzulegen, in welcher Reihenfolge gearbeitet wird und welche Aktivitäten wo gebraucht werden. Kein Problem mit OK.JUS, denn die Prozesse sind auch im Nachhinein jederzeit anpassbar. In diesem Kontext sieht Schiebilski einen weiteren großen Vorteil der Lösung: „Wenn sich zukünftig gesetzliche Änderungen ergeben, dann sehen wir diesen entspannt entgegen, weil wir entweder einen neuen

Kernprozess anlegen, die Aktivitäten ändern, neue einbauen oder hin- und herschieben. Wir können unsere Arbeitsweise somit sehr gut überprüfen und optimieren.“

Auch bei entscheidenden Fragen zu Personalressourcen oder der Personalüberlastung sieht Schiebilski in OK.JUS starke Vorteile. Man habe zum ersten Mal die Möglichkeit, wirklich zu überprüfen, ob die Sozialräume gleich stark ausgelastet sind oder ob Aufgaben anders verteilt werden sollten. Ein weiterer positiver Effekt: Neue Fachkräfte können schneller eingearbeitet werden. Schiebilski erklärt: „Wenn neue Mitarbeitende kommen oder Mitarbeitende eine Vertretung übernehmen, ist die Arbeit in OK.JUS transparent. Die Durchlässigkeit

in der Arbeit ist sehr wichtig: Jede Person macht das Gleiche an der gleichen Stelle.“

Nicht zuletzt ist mit der neuen Software die Dokumentenerstellung einfacher geworden und die Qualität nachweisbar. Für jeden Vorgang, jeden Fall, jedes Vorkommnis ist ein Schreiben hinterlegt, das auf einen Klick erstellt wird. Schiebilskis Fazit: „Ich habe noch nichts entdeckt, was mir an OK.JUS nicht gefällt. Ich finde, es ist ein von Anfang bis Ende gut geplantes Programm, das jedes Jugendamt für sich selbst aufbauen und immer wieder anpassen kann. Ich bin von der Art, wie es aufgebaut ist, begeistert.“

Ilse Eberl ist bei der AKDB im Bereich Marketing Sozialwesen tätig.

Anzeige

DIE DIGITALISIERTE STADT AUF LEBENSWERT PROGRAMMIERT MIT EDAG SMART CITY

EDAG Group entwickelt smarte Lösungen für eine bessere Lebens- und Servicequalität in Städten und Kommunen und fördert damit zugleich eine nachhaltige Entwicklung.



Mit smarten und digitalen Lösungen soll ein spürbarer Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden: Das haben sich die Smart City Experten der EDAG Group zur Aufgabe gemacht.

Sauber, nachhaltig, sicher, energieeffizient, lebenswert und leise – das ist die Vision einer Stadt der Zukunft. Leider fehlt es zu diesem Idealfall noch immer vielfach an intelligenter Vernetzung von Daten und Dienstleistungen. Doch es gibt längst Lösungen.

Als innovativer Partner haben sich die Smart City Experten der EDAG Group die Konzeption und Implementierung von maßgeschneiderten, einzelnen Services bis hin zur Unterstützung und Auswahl von ganzheitlichen Smart City Datenplattformen auf die Fahnen geschrieben. Hierbei umfasst das Portfolio der EDAG Smart City die vier Themenbereiche Smart Mobility, Smart Government, Smart Infrastructure und Smart People. In unterschiedlichen Projekten hat das Smart City Team der

EDAG bereits konkrete Smart City Lösungen umgesetzt, wie zum Beispiel das Open Source Smart City Dashboard für Städte und Kommunen, ein Konzept für Mobilitätsstationen im ländlichen Raum oder das Starkregen-Frühalarmsystem im Landkreis Fulda.

„Die Möglichkeiten digitaler Services auf dem Weg zur Smart City sind nahezu grenzenlos“, stellt Nikolai Pappert fest. „Es kommt darauf an, sie intelligent zu nutzen.“



smartcity.edag.com



Kontakt: Nikolai Pappert
Business Development Manager
Smart City
nikolai.pappert@edag-ps.com



E-Learning stärken

Julia Rack

Online-Trainings waren in Eppingen als Überbrückungslösung in Pandemiezeiten gedacht. Nun breitet sich das E-Learning immer weiter aus. Dabei geht es weniger um die Vermittlung von Fachwissen als vielmehr um eine flexible und breit gefächerte Weiterbildung.

Als moderne Dienstleistungsbehörde hat die Stadt Eppingen das Ziel, die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen sowie die Stadt weiterzuentwickeln und lebenswerter zu machen. Diese Ziele können ohne qualifizierte und engagierte Mitarbeitende nicht umgesetzt werden. Aus diesem Grund fördert die Stadt mit den Online-Trainings von GoodHabitx die individuellen Fähigkeiten sowie die digitalen Kompetenzen ihrer knapp 390 Beschäftigten.

Seit über einem Jahr arbeitet die Kommune mit dem Unternehmen GoodHabitx zusammen. Bevor sich die Verwaltung für die Weiterbildung via E-Learning entschieden hat, lag der Fokus auf Präsenzschulungen, die vor allem Fachwissen vermittelt haben. Die Online-Trainings von GoodHabitx waren ursprünglich als Überbrückungslösung in Zeiten der Corona-Pandemie gedacht. Doch die Stadt hat schnell die Bedeutung von Soft Skills und selbstgesteuertem Lernen erkannt, die eine wichtige Voraussetzung sind, um im immer digitaler werdenden Arbeitsalltag zurechtzukommen und für den Kultur- und Strukturwandel gewappnet zu sein. „Der digitale Schwung ist



Eppingen setzt auf Weiterbildung mit dem E-Learning Anbieter GoodHabitx.

auch bei der Stadt Eppingen zu spüren“, meint Marco Siedler, Mitarbeiter in der Abteilung Personal und Organisation. Einige Mitarbeitende versuchen dennoch, an klassischen Arbeitsprozessen festzuhalten und viele Arbeitsprojekte analog durchzuführen. Gemeinsam mit einem Digitalisierungsbeauftragten und dem digitalen Lernangebot soll sich das ändern.

Beim Lernen mit GoodHabitx geht es der Stadt Eppingen nicht nur darum, dass sich die Mitarbeitenden mit einem digitalen Medium auseinandersetzen. Die Online-Trainings fördern auch die Selbstlernkompetenz, also die Fähigkeit zu selbstgesteuertem Lernen. GoodHabitx hilft dabei, gegenüber neuen Situationen und Herausforderungen offener zu werden und sich eigenverantwort-

lich neues Wissen anzueignen. Dabei tritt der Fokus von Fachwissen vermehrt in den Hintergrund, und die individuellen Lerninteressen der Mitarbeitenden werden gefördert. Neben Online-Trainings über Arbeitstools wie Outlook 2016 finden die Lernenden Kurse wie „Zielgerichtet arbeiten“ oder solche zum Thema Achtsamkeit. Die Mitarbeitenden entscheiden dabei frei, welches Online-Training sie besuchen und zu welchem Zeitpunkt sie das tun möchten. „Uns als Arbeitgeber ist es wichtig, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Möglichkeit anzubieten, sich flexibel und breit gefächert weiterzubilden. Mit GoodHabitx haben wir eine Plattform für uns entdeckt, die genau dies ermöglicht“, erläutert Klaus Holaschke, Oberbürgermeister der Stadt Eppingen.

Die Herausforderung, die vielen Personal-Managern bekannt ist: Nicht alle Beschäftigten lernen aus intrinsischer Motivation heraus. Viele brauchen kleine Anreize, um mit dem Lernen loszulegen. Mit regelmäßigen Aktionen und Thementagen, wie Nikolaustag, Gartenschau in Eppingen oder der einjährigen Zusammenarbeit mit GoodHabit, schafft die Dienstleistungsbehörde immer wieder Berührungspunkte mit der Lernbibliothek. „Ziel dabei ist es, dass sich die Mitarbeitenden mit dem Medium E-Learning auseinandersetzen und beim Durchstöbern der Bibliothek auf neue Themen stoßen, die zum Weiterlernen motivieren“, sagt Hilmar Hagdorn, Leiter der Abteilung Personal und Organisation bei der Stadt Eppingen. Besonders beliebt sind bei den städtischen Mitarbeitenden derzeit die Kurse Excel 2019, Kopf hoch, Gehirntraining und Gute Entscheidungen treffen.

Die Stadt Eppingen will auch vermehrt die Führungskräfte in den Lernprozess einbinden. Denn diese übernehmen eine wichtige Funktion, wenn es darum geht, Mitarbeitende zum Lernen zu motivieren. Ein Großteil der Führungskräfte hat die Bedeutung von persönlicher Weiterentwicklung und E-Learning bereits erkannt: „Nach wie vor halte ich diese Lernplattform für eine tolle Sache und bin froh, dass es gelungen ist, den Vertrag mit GoodHabit zu verlängern“, sagt Personalleiter Hagedorn.

Neben den Beschäftigten im Rathaus lernen seit Frühjahr 2022 auch die Kindertageseinrichtungen der Stadt Eppingen mit GoodHabit. Die Abteilungsleiterin der Kindertageseinrichtungen zeigte

von Anfang an großes Interesse an den Online-Trainings. Sie sagt: „Es ist eine große Begeisterung bei den Erzieherinnen und Erziehern vorhanden, GoodHabit zukünftig auch nutzen zu dürfen.“ Für einen reibungslosen Einstieg in die Lernplattform wurden bei einer Informationsveranstaltung mit der Abteilungsleiterin und den Einrichtungsleiterinnen die ersten Fragen beantwortet und Tipps gegeben, um die persönliche Entwicklung der Erzieherinnen und Erzieher bestmöglich zu fördern. Auch im Rekrutierungsbereich soll GoodHabit künftig aktiver beworben werden: Besonders bei jüngeren Beschäftigten ist die Möglichkeit zur persönlichen Weiterentwicklung ein ausschlaggebender Punkt bei der Wahl des Arbeitgebers. Mit

den Online-Trainings können die Mitarbeitenden der Stadt Eppingen sowohl während der Arbeitszeit als auch in ihrer Freizeit lernen.

Julia Rack ist Coach bei GoodHabit und begleitet die Stadt Eppingen bei der Entwicklung einer modernen Lernkultur.

Profil

● Eppingen

Bundesland:
Baden-Württemberg

Landkreis:
Heilbronn

Einwohnerzahl:
22.500

Oberbürgermeister:
Klaus Holaschke (parteilos)

Web-Präsenz:
www.eppingen.de



Das Projekt: Seit mehr als einem Jahr nutzt die Stadt Eppingen die Online-Trainings von GoodHabit, um die digitalen Kompetenzen ihrer Mitarbeitenden zu stärken.

Anzeige



LEADING EMPLOYER
DEUTSCHLAND 2022
EXCLUSIVELY AWARDED TO THE COUNTRY'S TOP 1%



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY



OZG richtig umsetzen? Wir machen das schon.

Mit System: Das Dokumentenmanagementsystem (DMS) enaio® ist das Herzstück für Ihr OZG-Vorhaben. Damit gelingt die Anbindung von branchenrelevanten Serviceportalen. Im Bürgerportal erstellte Formulare oder hochgeladene Dateien werden direkt in Ihr verwaltungsinternes DMS übertragen und in interne Workflows eingebunden. Freuen Sie sich auf eine medienbruchfreie Arbeit, die Ihren Mitarbeitenden die direkte Kommunikation mit den Antragstellenden ermöglicht.
[Digitalisierung. Wir machen das schon.](https://www.optimal-systems.de/ozg)

optimal-systems.de/ozg Software für Macher.

Moderne Wege gehen

Andreas Junt

Wirksame Personalgewinnungsstrategien zu nutzen, wird für öffentliche Arbeitgeber immer wichtiger, um die benötigten Fachkräfte zu finden. Dazu gehören etwa eine ansprechende Arbeitgeber-Website, moderne Kommunikationswege und virtuelle Vorstellungsgespräche.

Arbeitgeber sind in einer schnellen dynamisierenden Welt vielen Herausforderungen ausgesetzt. Spätestens dann, wenn man nach Bewerbungsverfahren merkt, dass eine freie Stelle nicht oder nur mittelmäßig besetzt werden kann, kommt die Feststellung: „Wir bräuchten eine bessere Personalgewinnung, aber können wir das finanzieren und was ist der richtige Weg?“ Einerseits besteht ein großes Bewusstsein über die Bedeutung einer modernen Personalgewinnung – auch E-Recruiting genannt –, andererseits setzen Verwaltungen häufig immer noch auf Vorgehensweisen, die einen eher geringen Wirkungsgrad haben.

E-Recruiting umfasst den gesamten Personalbeschaffungsprozess mithilfe elektronischer Medien und Programme. Der konkrete Inhalt dieses Begriffs verändert sich allerdings ebenso rasant wie die Gesellschaft und die digitale Welt. So hat zum Beispiel vor circa zehn Jahren die Bewerbung per E-Mail die aufwendige Papierbewerbung ersetzt, doch nun ist man mit den Bewer-

berportalen schon einen Schritt weiter. Bereits heute wird der Prozess durch künstliche Intelligenz unterstützt; dies wird in den nächsten Jahren noch deutlich häufiger der



Auf der Suche nach dem Perfect Match neue Ansätze nutzen.

Fall sein und die Prozesse verändern, etwa durch eine automatisierte Potenzial- und Bewerberanalyse. Aufgrund der rasanten Entwicklung muss die Personalgewinnungsstrategie regelmäßig angepasst werden. Es geht schon lange nicht mehr darum, dass der Arbeitnehmer sich an den Arbeitgeber vermarktet, vielmehr wird das „perfekte Match“ gesucht. Dabei kommt es darauf an, eine wirksame Strategie zu haben und diese sukzessive auszubauen und zu optimieren.

Bevor man in den Wettbewerb geht, gilt es, die eigenen Stärken zu

kennen. Der Arbeitgeber muss also seine Arbeitgebermarke (Employer Branding) erarbeiten und dabei auch Schwächen beheben. Kultur, Gesundheitsmanagement, Flexibilität, Work-Life-Balance und Entwicklungsmöglichkeiten sind dabei nur einige Themen. Viele öffentliche Arbeitgeber verfügen hier schon über ein gutes Angebot, die Stärken müssen im Rahmen des Employer Branding aber auch gezielt nach innen und nach außen vermarktet werden – es braucht ein Personal-Marketing.

Ein wichtiges Argument ist zum Beispiel, ein familienfreundlicher Arbeitgeber zu sein. Der öffentliche Dienst ist bei diesem Punkt der privaten Wirtschaft häufig überlegen. So wird nahezu jeder Teilzeitwunsch umgesetzt, Unternehmen hingegen verlangen häufig noch immer eine Arbeitszeit von mindestens 50 Prozent. Die öffentliche Hand muss im Rahmen des Personal-Marketing also erklären, was sie alles zu bieten hat, von A wie Arbeitszeit bis Z wie Zukunftsmöglichkeiten. Dies lässt sich in einer Stellenanzeige nicht unterbringen, daher müssen die

Inhalte auf der Website attraktiv dargestellt werden.

Herzstück ist und bleibt somit die Arbeitgeber-Landingpage. Dort kommen die Interessenten an und entscheiden, ob sie sich weiter informieren und bewerben – oder wieder gehen. Die Landingpage ist weit mehr als die etablierte Karriereseite, sie ist vielmehr eine zielgruppenorientierte Website, wo potenzielle neue Mitarbeitende aufgrund einer Suche oder eines konkreten Interesses landen. Hier sollten daher alle notwendigen Informationen intuitiv, attraktiv und modern dargestellt werden. Neben einem Arbeitgebervideo ist eine grafische Darstellung des Mitarbeitenden-Benefits genauso wichtig, wie die Darstellung der offenen Stellen und eines einfachen Kommunikationswegs für Fragen. Für Interessenten ist es motivierend, wenn sie bei Fragen ungezwungen per Chat oder Messenger-Dienst mit dem potenziellen Arbeitgeber in Kontakt treten können.

Sehr erfolgreich ist auch eine One-Klick-Bewerbung. Dabei geht es nicht darum, dass die komplette Bewerbung mit nur einem Klick erfolgt, vielmehr wird der Interessent zum „Lead“, das heißt, er signalisiert dem Arbeitgeber, dass ein Interesse besteht, und dieser kann dann wie ein Headhunter mit dem Interessenten Kontakt aufnehmen, prüfen ob eine Zusammenarbeit möglich wäre und zur Bewerbung motivieren. Wenn es beim ersten Mal nicht klappt, kann der Arbeitgeber die Person in den Talent-Pool aufnehmen und sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder kontaktieren. Ein erfolgreiches Recruiting basiert schon heute auf Netzwerken und

dies wird in den nächsten Jahren noch massiv an Bedeutung gewinnen.

Aus diesem Grund sind auch moderne Kommunikationswege so wichtig. Hier führt kein Weg an Social Media vorbei. Gegen soziale Netzwerke gibt es bei öffentlichen Arbeitgebern oft eine Abwehrhaltung, da diese Plattformen zwar interessant sind, aber auch zeit- und ressourcenintensiv. Was früher noch „Nice-to-have“ war, ist heute jedoch ein zwingender und erfolgreicher Kommunikationsweg, denn die klassischen Jobbörsen verlieren zunehmend an Relevanz. Plattformen wie LinkedIn oder Xing bieten schon seit Jahren die Möglichkeit, sich ein Profil anzulegen und in diesem eine Jobsuche zu hinterlegen. Die Nutzer müssen dann nicht mehr aktiv auf Jobsuche gehen, sondern die Portale informieren sie über neue attraktive Angebote, die zu ihnen passen könnten. Die Portale können aber noch weit mehr. So ist die Business-Plattform Xing zum Beispiel mit der Arbeitgeberbewertungsplattform Kununu verknüpft, sodass Interessenten nicht nur auf eine attraktive Stelle hingewiesen werden, sondern auch gleich noch eine Bewertung des Arbeitgebers erhalten.

Brauchen öffentliche Arbeitgeber dann überhaupt noch Stellenanzeigen? Diese Frage lässt sich mit einem klaren Ja beantworten. Zum einen, um einen rechtssicheren Einstellungsprozess zu ermöglichen, zum anderen, um elektronische Anzeigen zu schalten. Gerade Werbung bei Suchmaschinen wie Google Ads oder Bing Ads ist sehr erfolgreich. Eine andere interessante Plattform ist goodjobs.

Dort soll es bei der Stellensuche nicht um den Profit, sondern um die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit gehen. Gerade bei der Suche nach IT-Spezialisten hat sich das Portal bei öffentlichen Arbeitgebern als hilfreich erwiesen.

Ein weiterer Baustein einer modernen Personalgewinnung ist das virtuelle Vorstellungsgespräch. Zu Beginn der Corona-Pandemie waren Videokonferenzen noch ungewohnt, haben sich inzwischen bei den öffentlichen Arbeitgebern jedoch etabliert. Diese Chance sollte nicht ungenutzt bleiben. Bei mehrstufigen Verfahren, oder wenn Teilnehmende aufgrund einer langen Anfahrt einen Termin nicht oder nur schwer wahrnehmen können, ist es ein sehr wichtiges Angebot, das Vorstellungsgespräch auch digital führen zu können.

Der amerikanische Autor, Verkäufer und Motivationsredner Zig Ziglar sagte einmal: „Du musst nicht großartig sein, um anzufangen. Aber du musst anfangen, um großartig zu werden.“ Jeder Arbeitgeber kann eine moderne und wirksame Personalgewinnungsstrategie (weiter-)entwickeln. Diese stellt zwar nicht die Lösung für alle Probleme dar, ist aber ein wichtiger Ansatz, um auch in Zukunft die benötigten Fachkräfte gewinnen zu können. Wichtig ist es, die aktuelle Situation zu analysieren, sich der eigenen Stärken bewusst zu werden und diese auszubauen. Mit dieser Erkenntnis kann dann eine Strategie entwickelt werden, die den Ressourcen und Anforderungen entspricht.

Andreas Junt ist Speaker, Trainer und Autor.

Rechtssicher vorgehen

Florian Christ

In Zeiten des Fachkräftemangels müssen Kommunen bei der Personalgewinnung neue Wege beschreiten. Das Internet, moderne Online-Stellenportale und soziale Netzwerke bieten vielfältige Kontaktoptionen. Rechtliche Leitplanken sollten aber beachtet werden.

Der kontinuierliche Fachkräftemangel stellt auch in Kommunen ein großes Problem dar. Gerade öffentliche Arbeitgeber tun sich zunehmend schwer, geeignetes Personal über klassische Stellenausschreibungen und anschließende Auswahlverfahren zu rekrutieren. Öffentliche Arbeitgeber unterliegen im Recruiting-Prozess zudem besonderen rechtlichen Anforderungen, die Bewerbungsverfahren nicht unbedingt schneller und flexibler machen.

Um die Zielgruppe der raren potenziellen Bewerber zu erreichen, rücken das Internet und soziale Netzwerke immer mehr in den Fokus. Jeden Tag lassen sich über diese Wege tausende Menschen auch überregional zielgenau erreichen, die entweder aktuell auf Jobsuche sind oder sich gedanklich bereits mit einem Arbeitgeberwechsel beschäftigen.

Die neuen Möglichkeiten des Recruiting im Internet werfen aber auch rechtliche Fragen auf. Im Stellenbesetzungsverfahren dürfen arbeits- und dienstrechtliche Aspekte nicht außer Acht gelassen werden, die vor allem bei der Personalbe-

schaffung (Stellenanzeige, Personalberater, interne Ausschreibung), der Personalauswahl (Sichtung der Unterlagen, weitergehende Recherche, Bewerbungsgespräch, Bestenauslese) und im Arbeitsverhältnis eine bedeutende Rolle spielen.



Beim E-Recruiting rechtliche Leitlinien einhalten.

Bereits bei der Stellenausschreibung im Internet müssen arbeitsrechtliche Mindestanforderungen beachtet werden. Es gibt, anders als teilweise im Beamtenrecht, für Kommunen weder eine tarifvertragliche noch eine gesetzliche Pflicht, Arbeitnehmerstellen öffentlich, also klassisch extern, auszuschreiben. Insbesondere lässt sich eine solche Pflicht auch nicht aus Art. 33 Abs. 2 GG herleiten. Vorbehaltlich der Mitwirkungsrechte der Personalvertretungen ist es daher ausschließlich Angelegenheit des Arbeitgebers, ob und auf welcher Plattform er eine Stelle

anbietet. Im öffentlichen Dienst ist es aber zwingend, für zu besetzende Stellen ein Anforderungsprofil zu erstellen. Dort werden die Kriterien für die Bewerberauswahl im Voraus definiert und gelten für die gesamte Dauer des Auswahlverfahrens.

Dem Anforderungsprofil kommt somit im Rahmen eines Stellenbesetzungsverfahrens auch im Internet eine besondere Bedeutung zu.

Bei der textlichen Ausschreibung ist daher auch auf internetbasierten Plattformen insbesondere auf die Vermeidung von Diskriminierungen, geschlechts- und altersneut-

rale Formulierungen in der Stellenanzeige sowie die Zusammenarbeit mit dem Personalrat zu achten. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) kann abgelehnte Bewerbende bereits bei einer nur textlichen Ungenauigkeit in die formale Lage versetzen, eine finanzielle Entschädigung einzufordern, wenn eine diskriminierungsfreie Auswahlentscheidung vom Arbeitgeber nicht restlos nachgewiesen werden kann, was in der Praxis meist schwierig ist. Rechtssicher ist in den meisten Ausschreibungen neben der Stellenbezeichnung heute die Ergänzung

„m/w/d“ gebräuchlich. Aber auch im weiteren Ausschreibungstext sollten nicht ungewollt Diskriminierungsansätze versteckt sein (wie zum Beispiel „junges Team“ oder „Muttersprachler“).

Eine besondere Pflicht im öffentlichen Dienst ergibt sich aus § 165 SGB IX. Öffentliche Arbeitgeber sind demnach verpflichtet, nicht offensichtlich ungeeignete Stellenbewerber mit einer Schwerbehinderung stets zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen, damit sie ihre Chance in einem persönlichen Gespräch verbessern und mögliche Vorbehalte ausräumen können. Insoweit ist auch bei internetbasierten Ausschreibungsverfahren ein besonderes Augenmerk auf versteckte Hinweise bezüglich einer Schwerbehinderung zu legen. In Online-Formularen, die häufig die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes nicht gesondert berücksichtigen, könnte dies mitunter übersehen werden.

Weitere interaktive und zielführende Recruiting-Kanäle zur Personalgewinnung können Karrierenetzwerke wie Xing und LinkedIn darstellen. Zurückhaltung muss vonseiten der Personalabteilungen allerdings bei Plattformen wie Instagram oder Facebook gewahrt werden, da diese nicht berufsorientiert und damit wegen datenschutz- und persönlichkeitsrechtlicher Bedenken als Ausgangspunkt für Recruiting-Aktivitäten weniger geeignet sind.

Aspekte des Datenschutzes und des Persönlichkeitsrechts sind auch darüber hinaus wichtige eingrenzende Faktoren beim E-Recruiting. Gerade bei einem onlinebasierten

Bewerbungsprozess wird eine große Menge an digitalen Daten erhoben und gespeichert. Auch bei einer temporären Speicherung dieser Daten ist Vorsicht geboten, denn prinzipiell dürfen Daten nur so lange gespeichert werden, wie es für den Verarbeitungszweck tatsächlich erforderlich ist. Im Bewerbungsverfahren wäre der Löszeitpunkt somit mit der Stellenbesetzung erreicht. Im Sinne des rechtlichen Eigenschutzes ist es jedoch sinnvoll und auch zulässig, die Daten der abgelehnten Bewerbenden noch für zwei bis drei Monate aufzubewahren und sie erst dann zu löschen.

Vorsicht gilt in datenschutzrechtlicher Hinsicht auch beim sogenannten Active Sourcing, bei dem Unternehmen im Internet gezielt initiativ auf Bewerbersuche gehen. Da die potenziellen Bewerbenden hiervon (noch) nichts wissen, überwiegen zunächst deren Interessen am Schutz der eigenen Daten, was auch für öffentlich zugängliche Informationen gilt. Zur Erhebung oder Weitergabe solcher Daten ist zunächst die Einwilligung des Betroffenen einzuholen. Folgen eines rechtswidrigen Active Sourcing könnten im schlimmsten Fall Schadensersatzansprüche oder Geldbußen sein.

Eine weitere Möglichkeit im digitalen Recruiting ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI), der in allen Phasen des Bewerbungsprozesses theoretisch möglich ist. So genannte Chatbots können beispielsweise die erste Kommunikation mit potenziellen Kandidaten übernehmen und Anfragen zum Bewerbungsprozess autonom bearbeiten. Voraussetzung für die Nutzung von KI ist aber, dass der zu-

grundliegende Algorithmus nicht diskriminierend handelt und zu einer Benachteiligung von Bewerbenden führt. Ob zukünftig sogar eine Software die Bewertung und finale Auswahl der eingegangenen Bewerbungen samt Einstellungsentscheidung autark übernehmen kann, ist noch nicht geklärt. Ethisch und rechtlich wird diese Option jedoch kritisch gesehen.

Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes sind zudem an das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenvergabe gebunden. Jede Entscheidung über eine Einstellung darf ausschließlich aufgrund von Kriterien getroffen werden, die mit der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung des ausgewählten Bewerbers in Verbindung stehen. Zwar gibt es Stimmen, die eine softwarebasierte Bestenauslese sogar als rechtssicherer ansehen als die menschengemachte. Gleichwohl werden bislang auf dem Markt erhältliche Software-Lösungen vorrangig für die Privatwirtschaft konzipiert, weshalb Kommunen nicht unbedingt davon ausgehen dürfen, dass die rechtlichen Besonderheiten der Stellenvergabe im öffentlichen Dienst von einer Software ausreichend berücksichtigt werden.

Digitales Recruiting stellt private wie öffentliche Arbeitgeber also vor neue Herausforderungen, eröffnet zugleich aber auch viele Chancen und Perspektiven. Werden die rechtlichen Leitlinien eingehalten, bietet digitales Recruiting im Internet gute Möglichkeiten, um dem Fachkräftemangel auch im öffentlichen Dienst entgegen zu wirken.

Florian Christ ist Fachanwalt für Arbeitsrecht in Heidelberg.

Sprungbrett für die Karriere

Multiple Krisen und der Fachkräftemangel bedrohen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Mit welchen Personalstrategien die Stadtverwaltung Detmold dagegen angeht, erläutert Miriam Mikus, Erste Beigeordnete und Kämmerin, im Kommune21-Interview.

Frau Mikus, es heißt, der Fachkräftemangel und der demografische Wandel bedrohen die Leistungsfähigkeit von Kommunalverwaltungen. Stimmt das oder wird übertrieben?

Das stimmt durchaus. Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben gesetzlich zugewiesen und die Krisenzeit, in der wir leben, bringt auch im Personalwesen viele zusätzliche Herausforderungen mit sich. Derzeit ist die Lage so, dass wir auf Stellenausschreibungen teilweise keine einzige Bewerbung erhalten. Deswegen kann ich sagen, dass der Fachkräftemangel für die Kommunalverwaltung ein Thema ist, dem wir uns dringend stellen müssen, um zukunftsfähig zu bleiben.

Welche Strategien der Personalentwicklung setzen Sie um?

Wir sind derzeit dabei, die Personalentwicklung und das Personal-Management mit externer Beratung neu aufzusetzen. Bisher beschäftigen wir uns eher mit einzelnen Bausteinen und wollen das Thema nun ganzheitlich angehen. Natürlich versuchen wir zunächst, möglichst viel Personal selbst auszubilden. Und wir gehen an die Technischen Hochschulen, um künftige Absolventen für uns zu ge-

winnen. Das Berufsfeld öffentlicher Sektor ist leider nicht im Fokus der Studierenden, deshalb wollen wir früh das Interesse an der Verwaltung wecken.

Welche weiteren Maßnahmen ergreifen Sie?

Wir arbeiten an unserem Image und betonen, dass es sehr sinnstiftend ist, in der öffentlichen Verwaltung zu arbeiten. Wir wollen auch zeigen, dass eine Behörde agil sein kann. Intern haben wir ein neues Format entwickelt, einen Pitch beim Verwaltungsvorstand. Hier sind alle Mitarbeitenden aufgerufen mitzumachen, sich bei Projekten mit eigenen Ideen einzubringen und diese in einem fünfminütigen Pitch vorzustellen. Das ist in der ersten Runde super gelaufen. Die Ideen flossen in eine Strategie ein, daraus ist ein Förderprojekt mit entsprechender Mittelausstattung geworden. Das hat den Mitarbeitenden gezeigt, dass sie sich einbringen und eine Wirkung erzielen können. Ein weiterer Aspekt bei der Personalentwicklung ist die individuelle Förderung, um Mitarbeitende in Führungspositionen zu bringen. Wir bieten künftig die Möglichkeit, sich jenseits von Stellenbeschreibungen und Tätigkeitsfeldern zu qualifizieren. Manche



Dr. Miriam Mikus

Mitarbeitende übernehmen etwa eine Projektleitung, die höherwertiger ist als die aktuelle Funktion. Das ist ein Sprungbrett für andere Aufgaben.

Sie kommen aus der freien Wirtschaft. Wo sehen Sie die wesentlichen Unterschiede zu einer Stadtverwaltung?

Große Organisationen ähneln sich, ob nun Privatwirtschaft oder öffentliche Verwaltung, deshalb habe ich keinen Kulturschock erlebt. Ein Unterschied ist, dass wir in der Verwaltung das Instrument Bezahlung nicht in gleicher Weise nutzen können wie die Wirtschaft. Wir möchten hier mit Projektarbeit gegensteuern, für die wir Zulagen bezahlen können. Im Übrigen stehen auch für Fortbildungsprogramme nicht so viele Mittel zu Verfügung wie in der freien Wirtschaft.

Häufig ist die Rede von einem Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung. Was heißt das genau?

Angesichts der Aufgaben und Strategien müssen wir in den Kommunalverwaltungen vernetzter kooperieren und Hierarchien abbauen. Leider spiegelt sich das immer noch vorhandene Silodenken auch in der Art der Zusammenarbeit wider. Allerdings ermöglichen jetzt digitale

Die Digitalisierung ist ein entscheidender Modernisierungsschritt für die Verwaltung und kann dazu beitragen, das verstaubte Image abzulegen. Wenn Verfahren digitalisiert sind, wird das dem Fachkräftemangel auf jeden Fall entgegenwirken. Allerdings kann temporär durch Digitalisierungsprojekte ein erhöhter Personaleinsatz nötig werden. Es ist auch klar, dass wir weiterhin Menschen brauchen, die

„Wir betonen, dass es sehr sinnstiftend ist, in der öffentlichen Verwaltung zu arbeiten.“

Tools den direkten Austausch. Man kann unkompliziert zu Videokonferenzen einladen, um bestimmte Themen zu besprechen. Hier findet schon ein Wandel statt. Es hängt aber vom Mindset des Einzelnen ab, ob man auf Augenhöhe miteinander umgeht und sich dutzt oder siezt. Darauf ist noch nicht jede Führungskraft eingestellt, aber der Prozess ist im Gang.

Wie können Führungskräfte diesen Kulturwandel aktiv vorantreiben?

Die Verwaltungsspitzen müssen Vorbild sein für alle nachgeordneten Ebenen. Wir müssen vorleben, was wir predigen, sonst funktioniert es nicht. Und die Führungskräfte müssen durch Gespräche Verständnis schaffen und Ängste nehmen. Denn der Wandel muss sich in den Köpfen erst noch durchsetzen, zwingende Voraussetzung dafür ist beständige Kommunikation.

Die Digitalisierung soll die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch bei weniger Personal aufrechterhalten. Ist das so?

die Bürger vor Ort beraten. Aber viele Antragsverfahren laufen in Detmold inzwischen online und dadurch kann künftig einiges an Luft geschaffen werden. In bestimmten Bereichen können wir Personal umorganisieren und so Kapazitäten für andere Aufgaben frei machen.

Wie werden sich die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung verändern, wenn die Digitalisierung erfolgreich ist?

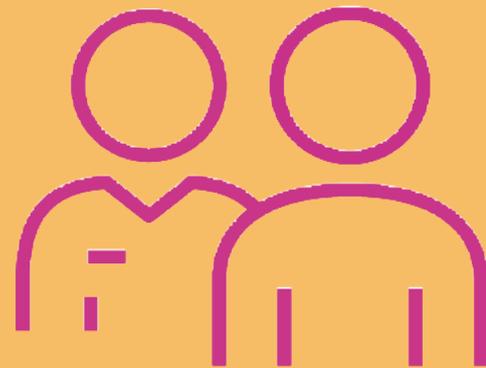
Ich glaube schon, dass die Arbeit künftig einfacher organisiert werden kann. Videokonferenzen, Tools für Online-Zusammenarbeit und Kommunikation sorgen dafür, dass die Kommunalverwaltungen mehr Zeit haben für die Beratung in Bereichen, die sich nicht digitalisieren lassen. So kann der Servicegedanke stärker in den Vordergrund rücken. Allerdings darf man die persönlichen Treffen nicht vernachlässigen, sonst geht das Gemeinschaftsgefühl verloren, das gilt auch für den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Interview: Alexander Schaeff

PERSONALEINSATZPLANUNG

EFFIZIENZ STEIGERN!

DIGITAL,
EINFACH &
VON ÜBERALL



www.isgus.de

Wandel zum ePersonalamt

J. Joel / S. Thews

Im Zuge der Einführung eines Dokumenten-Management-Systems im Rheinisch-Bergischen Kreis gehörte die Personalverwaltung zu den ersten Bereichen, die auf die elektronische Aktenführung umgestellt wurden. Das bringt zahlreiche Vorteile mit sich.

Die Digitalisierung, die unter anderem durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) befeuert wird, ist eine der großen Herausforderungen, an denen auch der Rheinisch-Bergische Kreis seit Jahren intensiv arbeitet. Ein Basisbaustein ist das digitale Schriftgut-Management, das die Weiterverarbeitung von elektronischen Dokumenten – im Idealfall medienbruchfrei – ermöglicht. Darüber hinaus ergeben sich dabei eine ganze Reihe von positiven Effekten, welche die tägliche Arbeit erleichtern – ob es der geringere Suchaufwand, das parallele Arbeiten an einer Akte oder die wegfallenden Wege in eine Registratur sind. Um all das nutzen zu können, wurde beim Rheinisch-Bergischen Kreis ein zentrales Dokumenten-Management-System (DMS) eingeführt, das aufgabenübergreifend eingesetzt wird.

Nachdem sich die Kommune für die Lösung d.velop documents vom Anbieter d.velop entschieden hatte, war die Umsetzung der elektronischen Personalakte eines der ersten DMS-Projekte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kreisverwaltung noch keinerlei Erfahrungen mit dem Einsatz von E-Akten und musste sich langsam an alles herantasten. Dabei halfen Konzepte und



Rheinisch-Bergischer Kreis: Gelungener Wechsel auf die E-Personalakte.*

Herangehensweisen, die in einem langjährigen Lernprozess entstanden sind und von der Kommune auch in anderen Projekten mit Erfolg genutzt werden. Eines dieser Konzepte ist die Zusammenarbeit mit Pilotbereichen, in denen Neues unter die Lupe genommen und ergründet wird. Pilotbereiche sind Spielwiesen, auf denen es möglich ist zu lernen, Fehler zu machen und Erfahrungen zu sammeln. Das gilt für alle Beteiligten – Führungskräfte und Mitarbeitende – sowohl aus dem Fachamt als auch aus der IT. Dabei ist ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem Pilotbereich und der IT sehr wichtig.

Nachdem mit der Auswahl des Pilotbereichs der Rahmen für den

Aufbau von Know-how in Sachen elektronische Aktenführung stand, galt es, die Knackpunkte in der Umsetzung auszumachen, inhaltlich zu ergründen und Lösungsansätze zu entwickeln. Mit einer systematischen Dokumentation verschiedener Sachverhalte, die zu klären waren, konnte der Rheinisch-Bergische Kreis Leitlinien, Anleitungen und Handbücher entwickeln. Dokumentierte Umsetzungskonzepte werden in Folgeprojekten wiederverwendet, fortgeschrieben und gegebenenfalls an das neue Vorhaben angepasst. Daraus ergeben sich Synergien für künftige Digitalisierungsprojekte.

* v.l.: Jens Joel und Sophia Thews auf den d.velop public sector days 2022 in Berlin.

Neben dem Fachamt und der IT beteiligt die Kreisverwaltung grundsätzlich auch das Rechnungsprüfungsamt, den Personalrat, das Archiv und den Datenschutzbeauftragten an ihren IT-Projekten. Das ermöglicht es, von Anfang an alle Aspekte ausreichend zu beleuchten, den Veränderungsprozess gemeinsam zu gestalten und Problempunkte rechtzeitig anzugehen.

Um in den Köpfen aller Beteiligten ein einheitliches Bild vom Ist-Zustand, und dem, was auf den Kreis zukommt, zu erhalten, waren eine Dokumentation und Prozessanalyse sehr wichtig. Letztere hilft dabei, bestehende Prozesse kritisch zu hinterfragen und die richtigen Veränderungen für die Digitalisierung vorzunehmen. Im Rahmen der Prozessanalyse und der Erstellung einer Prozesslandkarte verschaffte sich der Rheinisch-Bergische Kreis zunächst einen Überblick über die personalaktenrelevanten Vorgänge. Für die wichtigsten Prozesse wurde anschließend der Ist-Zustand festgehalten und daraus ein Soll-Modell entwickelt. Diese Vorgehensweise machte bereits im Vorfeld der Umsetzung deutlich, wie und in welcher Tiefe der Kreis in die Digitalisierung der Personalakten einsteigen kann. Die Prozessanalyse trug zudem maßgeblich zu einer gelungenen Kommunikation

zwischen den Projektbeteiligten bei und erleichterte die Abstimmung zwischen der IT und der Sachbearbeitung.

In der heutigen schnelllebigen Zeit sind Veränderungen an der Tagesordnung. Die Corona-Pandemie, die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, aber auch fachbezogene und gesetzliche Veränderungen prägen den Arbeitsalltag neben dem Tagesgeschäft. Dazu kommen Digitalisierungsprojekte, die nicht nur die elektronische Aktenführung, sondern auch Anpassungen in bestehenden und die Einführung neuer Fachverfahren betreffen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis hat es sich daher bewährt, die verschiedenen Digitalisierungsprojekte stufenweise einzuführen, um die Mitarbeitenden nicht mit zu vielen Änderungen auf einmal zu konfrontieren, weil dies schnell zu Überforderung und Abwehrhaltung führen kann.

Die vollständige Digitalisierung der Personalakten brachte für die Kommune zahlreiche Benefits mit sich. So ist es nun sehr viel einfacher möglich, im Homeoffice zu arbeiten, weil es nun nicht mehr nötig ist, die schweren Personalakten physisch mit nach Hause zu nehmen. Mithilfe eines tragbaren, verschlüsselten Laptops ist der

Zugriff auf die digitalen Akten im Homeoffice problemlos möglich, sodass verschiedene Mitarbeitende von unterschiedlichen Arbeitsorten aus gleichzeitig in derselben Personalakte arbeiten können.

Das hilft dem Kreis auch im Umgang mit Krisensituationen. So mussten etwa die Mitarbeitenden der Lohnstelle zur Corona-Hochphase binnen weniger Minuten aufgrund mehrerer roter Corona-Warnungen in den WarnApps der Beschäftigten ins Homeoffice wechseln. Wäre zu diesem Zeitpunkt nicht bereits der Wechsel auf die digitale Personalakte erfolgt, wäre die monatliche Lohnabrechnung nicht möglich gewesen. Die Auswirkungen möchte man sich lieber nicht vorstellen. Gleichzeitig konnte die Kommune durch die Digitalisierung die Registratur auflösen und hat so ein Büro mit zwei Arbeitsplätzen gewonnen. Zudem konnte Lagerfläche im Zentralarchiv für andere Ämter freigegeben werden. Darüber hinaus vereinfacht die digitale Personalakte das Desk-Sharing, sodass durch die vermehrte Nutzung des Homeoffice insgesamt fünf Arbeitsplätze eingespart werden können.

Jens Joel ist beim Rheinisch-Bergischen Kreis im Bereich IT-Service/Archiv, Sophia Thews ist dort im Bereich Personalmanagement tätig.



**Folgen Sie
Kommune21
auf Twitter:**

twitter.com/kommune21

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 50
- CMS | Portale / Spezial-Software 51
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement 52
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 53
- E-Formulare / Personalwesen / RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur / IT-Security 54
- Breitband / Consulting / E-Partizipation / Komplettlösungen 55-57

Anzeige

D-0		<p>FORMCYCLE ist ein Produkt der XIMA MEDIA GmbH Ansprechpartner: Sascha Weber Sudhausweg 9 D-01099 Dresden E-Mail: kontakt@formcycle.de Internet: formcycle.eu</p>	<p>FORMCYCLE ist eine Low-Code-Digitalisierungsplattform, eine echte All-in-One Lösung, egal ob in der Cloud oder On Premises. Einfach und unkompliziert per Drag&Drop, digitale Formulare erstellen, Daten weiterverarbeiten, Workflows konfigurieren und Ihre Prozesse ohne Programmierung schnell automatisieren.</p>
D-0		<p>Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de</p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0		<p>TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de</p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0		<p>brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de</p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portalösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2		<p>Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Petra Waldmüller-Schantz Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de</p>	<p>Governikus setzt sich für digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt ein und sorgt für den Schutz personenbezogener Daten mit zukunftsweisenden IT-Lösungen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation und der Umgang mit Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen im Vordergrund.</p>
D-4		<p>ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de</p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7		<p>cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 7021 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 7021 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de</p>	<p>Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, EfA-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7		<p>Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de</p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8		<p>S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de</p>	<p>S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.</p>

E-Government

D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2	 ProCampaign®	ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3	 KDN.SOZIAL Kommunale IT	KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3	 BARTHAUER SOFTWARE	Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungszentralen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7	 AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme	AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8	 G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9	 LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 566 1222 Fax: +49 (0) 361 / 566 1223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.855-6770.

D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmaster Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 Schweibungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Die H+H Software GmbH bietet Schulträgern und Schulen individuelle Softwarelösungen und IT-Dienstleistungen für die Schuldigitalisierung an. Mit NetMan for Schools erhalten Schulen eine IT-Gesamtlösung für Infrastruktur, Unterrichtsgestaltung und Kommunikation. NetMan ist für den Einsatz im pädagogischen Schulnetz sowie im Schulverwaltungsnetz geeignet.	
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtwweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Thomas Jordans Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-10 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: vertrieb@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für Schul-IT alle Leistungen von der Bestandsaufnahme bis zur Realisierung aus einer Hand. Mehr als 3.500 Schulen vertrauen bereits auf die zuverlässigen und skalierbaren Lösungen aus Stolberg bei Aachen. Aixconcept sorgt dafür, dass Digitalisierung in Schulen erfolgreich ist.	
D-7		SBE network solutions GmbH Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	
D-8		co.Tec GmbH Traberhofstraße 12 D-83026 Rosenheim Telefon: +49 (0) 8031 / 2635-0 E-Mail: e-shop@cotec.de Internet: www.cotec.de	Seit 30 Jahren unterstützen wir Sachaufwandsträger, Behörden, Bildungseinrichtungen, Lehrende und Lernende auf dem Weg zur digitalen Schule. Unsere Schwerpunkte sind: Hardware, Software, Service, Ausschreibungen, Medienentwicklungspläne, Medienkonzepte u.v.m.. Ergänzend dazu: unser Partnernetzwerk mit zahlreichen EDU-Lösungen.	
D-I		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>d.velop Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98 -0 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	d.velop als innovativer Lösungsanbieter im ECM-Umfeld ist unter anderem seit über 20 Jahren auf die Branchen der öffentlichen Verwaltung sowie Hochschulen und Universitäten spezialisiert. Die Software-Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.	
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7	 S-Management Services	S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFo ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFo erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-2	 CC e-gov GmbH www.cc-egov.de	CC e-gov GmbH Gotenstraße 10 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 22 71 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 22 71 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3	 STERNBERG Sitzungsmanagement	STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-2	 ColocationIX	ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 design, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur
D-3	 noSpam proxy	Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9	 NCP SECURE COMMUNICATIONS	NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 19 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	IT-Infrastruktur
D-9	 BEYOND SSL	beyond SSL GmbH Ansprechpartner: Siegfried Plommer Braunsklingenweg 19 D-90619 Trautskirchen Telefon: +49 (0) 911 / 495 229 35 E-Mail: info@beyondssl.com Internet: www.beyondssl.com	Hochsicherer Fernzugriff für kritische Infrastrukturen (KRITIS) und mobiles Arbeiten sowie die sichere Verwaltung von sensiblen Daten lassen sich mit Lösungen von beyond SSL effizient und kostengünstig umsetzen. Ohne den Einsatz komplexer VPN-Strukturen und natürlich vollständig DSGVO-konform. Ihre Daten – Ihre Regeln!	IT-Security

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.855-6770.

Breitband • Consulting • E-Partizipation • Komplettlösungen

D-1	 DNSNET Anschluss Zukunft.	DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2	 Consultix	Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4	 bpc best practice consulting	best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	E-Partizipation
D-3	 MeldooPLUS Ein Produkt der leanact GmbH	leanact GmbH Rebenring 33 D-38106 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 22436214 Fax: +49 (0) 531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de	Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 60 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.	E-Partizipation
D-6	 WER DENKT WAS	wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Bürgerbeteiligung von A bis Z, digital und vor Ort: Als Full-Service-Anbieter beraten und begleiten wir Kommunen und Landkreise bei ihren Beteiligungsvorhaben. Unsere Lösung für modernes Anliegenmanagement – der Mängelmelder – ist bei über 80 Kommunen im Einsatz. Referenzen: München, Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen.	E-Partizipation
D-0	 LECOS	Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0	 procilon GROUP	procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefelth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0	 GISA That's IT.	GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen
D-1	 Telecomputer	Telecomputer GmbH Wilhelm-Kabus-Straße 9 D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Telecomputer ist Ihr Komplett-Dienstleister für Software und IT-Projekte im kommunalen Umfeld. Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität – für eine moderne, schnelle und zukunftssichere Sachbearbeitung.	Komplettlösungen
D-2	 MACH Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartnerin: Katrin Wessel Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-279 Fax: +49 (0) 451 / 70647-300 E-Mail: katrin.wessel@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Im Verbund der machgruppe leben wir den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	Komplettlösungen

D-2	 KDO IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	 ekom21	ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	 KID. Magdeburg	KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data ist einer der führenden Anbieter für kommunale Finanzsoftware und Systemlösungen. Als inhabergeführtes Familienunternehmen legen wir Wert auf ganzheitlich-nachhaltige Konzepte. Mit der verwaltungsweit skalierbaren IT-Plattform VOIS bieten wir die passende Strategie. Für das VOIS Finanzwesen liefern wir exklusiv die passende Lösung.
D-4	 Prosoz	PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.
D-5	 EDV Ermtraud GmbH	EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arieheller Str. 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 2635 / 9224-0 Fax: +49 (0) 2635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash - zentral/dezentral: per Maus- & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, §2b UStG + TSE, DGUV I 15-005, EC-Terminals. GEWERBEREGISTER GEVE4 & geve5, CLOUD. Gewerbeanzeige online > Register > elektr. Auskunfts. Erlaubniswesen, ProstSchG; für Kreise & Gemeinden.

Komplettlösungen

D-5		regio iT GmbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen Telefon: +49 (0) 241 / 41359-0 E-Mail: vertrieb@regioit.de Internet: www.regioit.de	Digitaler Wandel: Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen bietet die regio iT GmbH öffentlichen Auftraggebern wie Kommunen, Schulen, Energieversorgern und Entsorgern ein umfangreiches Produkt- und Serviceportfolio – qualitätsgesichert und dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (2/2023) erscheint am 31.01.2023



Dauerbaustelle Digitalisierung

Die Digitalisierung in Städten und Gemeinden hat laut Zukunftsradar Digitale Kommune zwar an Schwung gewonnen, kann aber noch nicht mit den Anforderungen Schritt halten. Eine mögliche Lösung bieten interkommunale Kooperationen.



Beteiligung erlebt digitalen Schub

Die Corona-Pandemie hat für einen Digitalisierungsschub bei der Bürgerbeteiligung gesorgt. Das eröffnet neue Chancen, birgt aber auch Risiken. Zudem gilt es, Grundsätze guter Beteiligung auf digitale und hybride Formate zu übertragen.



IT-Schwerpunkte im Februar

In der Rubrik Informationstechnologie berichtet die Stadt Stuttgart über ihre Rahmendienstvereinbarung zu Digitalisierung und IT. Darüber hinaus geht es um Software-Lösungen für die Kita und den aktuellen Stand des Projekts i-Kfz.



E-Payment etabliert sich

Elektronische Bezahlmöglichkeiten gehören für die Mehrheit der Bürger mittlerweile zum Alltag und werden auch von immer mehr Kommunen angeboten. Was ist bei der Einführung einer E-Payment-Lösung zu beachten?

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB	2	K21 media	49	regio iT	29
beyond SSL	35	Kommunix	21, 23	Rohde & Schwarz Cybersecurity .	9
CC e-gov	3	Lämmerzahl	33	Wolters Kluwer	5
Druckerei Raisch	59	NOLIS	60	XIMA MEDIA	7
EDAG Production Solutions	39	Optimal Systems	41	Branchenindex IT-Guide	50 - 57
ISGUS	47	Prosoz Hertzen	31		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855 - 6770
+49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
redaktion@kommune21.de

E-Mail: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855-2787
s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2023 gilt die Preisliste Nr. 23 der Media Information 2023.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

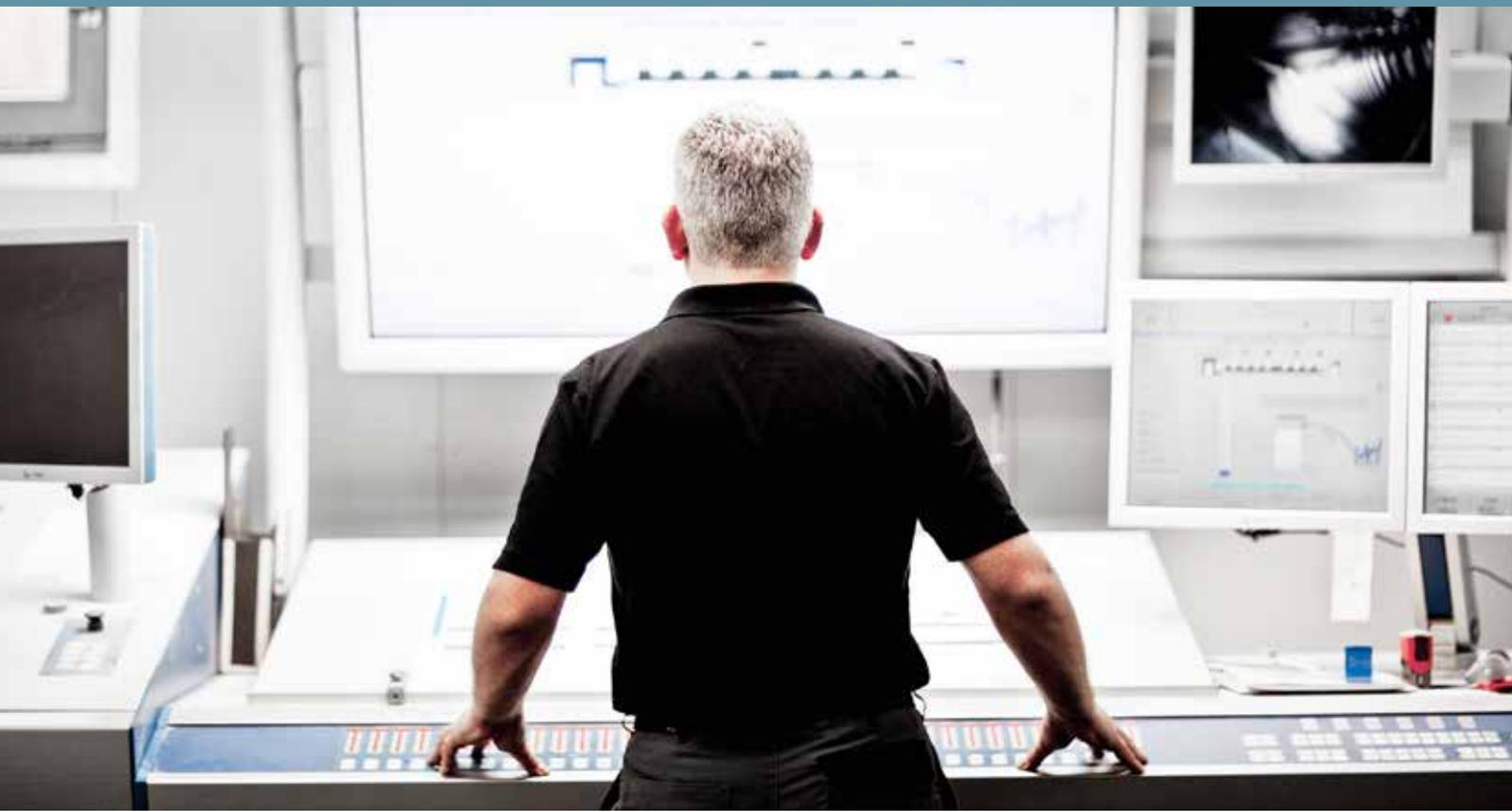
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2023 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

Andrii Yalanskyi/stock.adobe.com (58); Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) (38); Bayerisches Innenministerium (35); deedee77/stock.adobe.com (26); Degimages/stock.adobe.com (Titel); Dirk Waidner, Moto&Foto - Eventfotografie (14 bis 17); Fraunhofer-Institut FOKJUS (18); gabor tinz/EyeEm/stock.adobe.com (24); GISA GmbH (36); INGE Neubau Bettrather Straße | WS & grbv (6); irissca/stock.adobe.com (10); jro-grafik/stock.adobe.com (58); Jürgen Altmann (3); kita.stadt-bergen.de (8); macondos/stock.adobe.com (58); peshkova/stock.adobe.com(32); regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (12); Rheinisch-Bergischer Kreis (48); sdecoret/stock.adobe.com (44, 58); Stadt Detmold (46); Stadt Eppingen (Titel, 40); thosti57/stock.adobe.com (22); tomertu/stock.adobe.com (42); vegefox.com/stock.adobe.com (4)

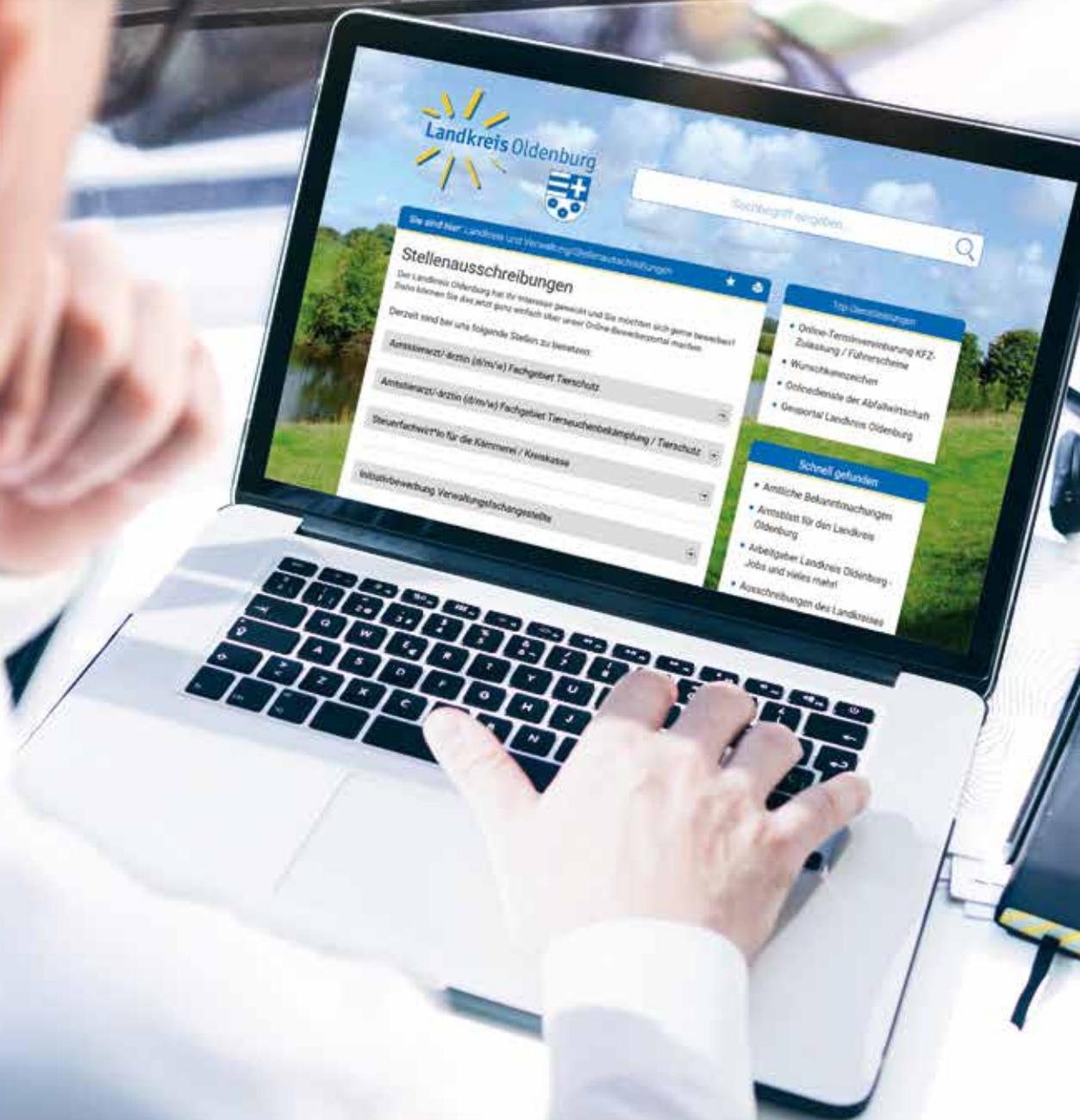


MIT DRUCK KÖNNEN WIR SEHR GUT UMGEHEN.

Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchtertstraße 14 · 72770 Reutlingen
Tel. 07121 / 5679-0 · info@druckerei-raisch.de
www.druckerei-raisch.de

Raisch 
D R U C K T

Einfach schneller Fachkräfte gewinnen



NOLIS | Recruiting

Optimiert für den Einsatz in Kommunalverwaltungen

www.nolis-recruiting.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

